

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a, Fernruf: P 7, Jannowitz, 5909. Postcheckkonto Berlin, Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 131 A

BERLIN • Dienstag, den 7. Juni 1932

1. JAHRGANG

Kurs auf den Bürgerkrieg

Die englischen Gewerkschaften und die Kriegsgefahr.

Von ALLAN FLANDERS.

In der Mai-Nummer der „New World“, der Zeitschrift der „Nie-wieder-Krieg“-Bewegung (der englischen Sektion der Internationale der Kriegsdienstverweigerer), veröffentlicht WALTER CITRINE einen Aufsatz über die Verantwortung der Gewerkschaften bei Kriegsausbruch. CITRINE ist Generalsekretär des britischen Gewerkschafts-Kongresses und Präsident der Gewerkschafts-Internationale; seine Äußerungen verdienen also besondere Beachtung. Er schreibt folgendes:

Seit dem Weltkriege sind wir praktisch der Abrüstung der Völker nicht näher gekommen. Der Konflikt zwischen China und Japan hat mit aller Deutlichkeit enthüllt, daß auf die Abmachungen der heutigen Regierungen nichts zu geben ist. Aus Genf werden nur Mißerfolge und enttäuschte Hoffnungen kommen. Von bloßer Propaganda und Erziehung ist angesichts der heute herrschenden Mächte keine Sicherung des Friedens zu erwarten. Wir brauchen eine Macht, die sich gegen den Krieg erhebt: nur die internationalen Organisationen der Arbeiterschaft können diese Macht aufbringen.

Die Mittel haben sie in der Hand: die Verweigerung der Produktion und des Transports von Munition und den Generalstreik. Die Frage des Generalstreiks als eines Mittels zur Verhinderung von Kriegen ist noch umstritten. Man muß sich darüber klar sein, daß es schwierig sein würde, bei Kriegsausbruch — d. h. in einem Zeitpunkt gesteigerter nationalistischer Stimmung — einen Generalstreik zu organisieren. In England wäre überdies jede derartige Aktion von vornherein illegal. Der britische Gewerkschaftskongress hat daher beschlossen, sich auf keine bestimmte Taktik vorher festzulegen, sondern jeweils entsprechend der Lage seine Beschlüsse zur Bekämpfung des Krieges zu fassen. Man muß aber stets im Auge behalten, daß am meisten die Arbeiterschaft unter dem Krieg zu leiden und daher das meiste Interesse an seiner Verhinderung hat; ohne ihre Zustimmung kann auch keine Regierung einen Krieg führen. Der Generalrat der Gewerkschaften würde, wenn ein Krieg droht, mit den Vertretern der Arbeiterschaft in England, wie in den anderen Ländern, beraten, wie die Absichten der Kriegstreiber durchkreuzt werden könnten.

Die Feststellung CITRINES, daß ein Krieg nur durch Aktionen der organisierten Arbeiterschaft verhindert werden kann, ist zwar im Grunde eine Selbstverständlichkeit; trotzdem ist es sehr zu begrüßen, daß ein anerkannter englischer Gewerkschaftsführer dies öffentlich ausspricht, und daß er auch die Waffen nennt, deren sich die Arbeiter im Kampf gegen den Krieg bedienen können. Denn in England haben die anderen Gewerkschaftsführer anscheinend ihr ganzes Vertrauen auf den Völkerbund und die Abrüstungskonferenz gesetzt. CITRINE hat als einziger den Mut gehabt, das völlige Versagen dieser Instanzen festzustellen.

CITRINE verteidigt die Haltung der englischen Gewerkschaften, die sich auf keinerlei Aktion für den Fall eines Kriegsausbruches festlegen wollen. Dafür spricht tatsächlich mancherlei, da z. B. ein Beschluß des Gewerkschaftskongresses für den Generalstreik ihn schon heute unnötig in Konflikt mit den Gesetzen bringen würde. Aber das enthebt den Generalrat des Gewerkschaftskongresses nicht der Verantwortung, sich schon heute zu entschließen und zu handeln. Was könnte da geschehen?

1. CITRINE zeigt selber die Schwierigkeiten, einen Generalstreik in einer Zeit der nationalistischen Hochflut zu organisieren. Warum zieht er daraus nicht den Schluß, daß man also heute den wachsenden Nationalismus in den Massen zu bekämpfen hat? Die nationalistische Kriegsbegeisterung springt nicht über Nacht auf, sondern ist das Ergebnis jahrelanger Vorbereitung in den Schulen, den Kirchen, der Presse. Warum also unterstützte der Generalrat der Gewerkschaften sogar noch den Feldzug: „Engländer, kauft nur englische Waren!“? Warum unterstützte er das Manifest der Exekutive des englischen Bergarbeiterverbandes, das Subsidien für den englischen Kohlenexport forderte (worüber wir im „Funken“ bereits berichtet haben)? Und warum beschloß er, zwei Vertreter zu der bevorstehenden Ottawa-Konferenz zu entsenden, auf der ein Tarifblock für das englische Imperium gebildet werden soll? Warum vor allem willigte CITRINE selber ein, einer dieser beiden Vertreter zu sein? Mühte nicht gerade CITRINE, der die Gefahr des Nationalismus deutlich kennt, Protestieren, wenn die Gewerkschaftsführer nationalistische (Fortsetzung auf der 2. Seite)

SA- und SS-Verbot wird aufgehoben. / NS demonstrieren mit Reichswehr und Polizei. / „Straße frei!“

Der Opfergang.

Herr VON GAYL, der neue Innenminister, hat einem Redaktionsmitglied der „Ostpreussischen Zeitung“ Einblick in seine Geistesverfassung gewährt in einer Aussprache über die politische Lage und die nächsten Absichten des Kabinetts. „Der Minister betonte zunächst, daß er guten Mutes und mit Zuversicht an die ihm gewordene Aufgabe heranginge, obwohl sie ihm erhebliche Opfer auferlege. So sei er — hauptsächlich mit Rücksicht auf seine schulpflichtigen Kinder — gezwungen, seinen Wohnsitz in Königsberg beizubehalten.“

Diese Äußerung des Herrn VON GAYL ist, als ein Zeugnis für seine „Opfer“fähigkeit, in der Tat für die Kennzeichnung der politischen Lage in Deutschland aufschlußreicher, als es zunächst scheinen mag.

Die zweite Regierungstat.

Auf Grund ihrer guten Beziehungen zu dem neuen Herrn erfährt die HUGENBERGSCHE Telegraphen-Union „von unterrichteter Seite“, daß im Reichsinnenministerium bereits der Entwurf der neuen Notverordnung fertiggestellt ist, deren Beratung nach der Reichstagsauflösung die nächste Arbeit des Kabinetts sein wird.

„Die neue Notverordnung soll zunächst alle bisherigen politischen Notverordnungen (nicht die wirtschaftlichen) aufheben und nur einige Bestimmungen in neuer Fassung enthalten. Aufgehoben würde vor allem das SA- und SS-Verbot sowie das Uniformverbot.“

Die Aufhebung des SA- und SS-Verbotes würde selbstverständlich nicht nur die Legalisierung eines staatsgefährlichen Verbandes darstellen, und zwar durch denselben Reichspräsidenten, der diese Staatsgefährlichkeit durch Erlass einer Notverordnung ausdrücklich bescheinigt hat, — sie würde vor allem, und das ist für die Arbeiterschaft wesentlich, als die staatsrechtlichen Verheerungen, in die Herr VON HINDENBURG geraten kann, den bisher nur hier und da aufflackernden Bürgerkrieg zu einer ständigen Einrichtung machen. Diese Folge der Aufhebung des SA-Verbotes muß jeder halbwegs vernünftige Mensch einsehen und also auch Herr VON GAYL; denn die Tätigkeit der SA hat sich inzwischen selbst bis in das etwas abseits gelegene Königsberg herumgesprochen.

Ueber die Tätigkeit der Schutzbefohlenen des Herrn VON GAYL berichten wir hier anschließend.

„SA und SS antreten!“

In Granchow (Mecklenburg) war dem NS BANNEMANN aus Lübeck erlaubt worden, in einer Wahlversammlung der „Eisernen Front“ in der Diskussion zu reden. Die anwesenden Nazis brachten dann während des Schlußwortes die Versammlung zum Aufliegen und überfielen hinterher den Hauptredner, Major ANKER, als nur noch wenige Personen mit ihm im Saal anwesend waren. Zu dem Ueberfall gab BANNEMANN, wie das „Berliner Tageblatt“ berichtet, das Kommando mit folgenden Worten:

„SA- und SS-Leute vortreten! SA- und SS-Leute, wir dulden nicht, daß unser Führer beschimpft wird. Nun beweist, daß ihr rechte SA- und SS-Leute seid!“

ANKER wurde bewußtlos aus dem Saal getragen. Das Ueberfallkommando? Es kam so spät, daß es die Täter nicht mehr festnehmen konnte.

Das geschieht noch vor der Aufhebung des SA-Verbotes!

Polizei und Nazis in Braunschweig.

B. O. Braunschweig, 5. Juni.

Heute fand hier auf dem Leonhardsplatz in einer extra für diesen Zweck errichteten Zelt Halle eine Riesen-Kundgebung der NS statt, in der GREGOR STRASSER sprach. Wir haben keinen Grund, über den Inhalt dieser Kundgebung, an der etwa 20 000 Menschen aus Stadt und Land Braunschweig teilnahmen, ausführlich zu berichten, denn STRASSERS Rede war im wesentlichen eine Wiederholung früherer Reden: Beschränkung der Einfuhr — ein Mittel gegen die Arbeitslosigkeit. Im übrigen kündigte er die unmittelbar bevorstehende Machtübernahme durch die Nazis im Reich an und fand außerordentlich scharfe Worte gegen das Zentrum.

Bezeichnend an dieser Veranstaltung ist das freche und anmaßende Auftreten der SA. Von einem Verbot dieser Bürgerkriegstruppe war nicht das geringste zu spüren. Auch das noch immer bestehende Uniformverbot ist der Braunschweiger

AUS DEM INHALT:

Amerika spart!
Der Irrsinn der Zollpolitik.
NS-Regierung in Mecklenburg-Schwerin.
Was kostet der Krieg?
Die Revolution in Chile.
Fast erreichtes Vorbild: das 17. Jahrhundert.

Polizei — offenbar auf Befehl ihres Chefs, des Herrn KLÄGGES — vollkommen unbekannt. SA-Leute zu Hunderten, voll uniformiert und teilweise in straffen militärischen Formationen, bewegten sich unter den Augen der Polizei und von dieser wohlwollend behandelt, auf dem öffentlichen Platz, während Arbeiter, die in kleinen Gruppen vor ihren Haustüren standen, von derselben Polizei in schroffem und provozierendem Ton zum Verlassen der Straße aufgefordert wurden.

Wie eng das Verhältnis zwischen Polizei und Nazis in Braunschweig ist, dafür noch ein anderes Beispiel: Am vergangenen Donnerstag fand — man lese und staune — eine gemeinsame Demonstration zwischen Nazis und Polizei statt. Als mehrere Hundertschaften Schupo mit Spielmannszug und Panzerwagen von einer Felddienstübung in die Stadt zurückkehrten, wurden sie am Landestheater von mehreren Hundert SA- und SS-Leuten, die dort vorher Aufstellung genommen hatten, mit „Heil HITLER“ und „Deutschland erwache!“ begrüßt. Nach Vorbeimarsch der Schupo schlossen sich die Nazis hinter dem Panzerwagen in Vierer-Reihen zusammen und begleiteten die Formationen der Polizei unter dem Absingen nationalsozialistischer Lieder bis zur Kaserne. Das geschah — wohlgemerkt unter den Augen der Polizei —, obwohl in Braunschweig ein allgemeines Demonstrationsverbot besteht.

Die den Nazis nahestehende „Braunschweigische Landeszeitung“ bemerkt prophetisch zu diesem Vorfall: „Auch in Preußen wird dereinst ein so kameradschaftliches Verhältnis zwischen der Kerntuppe der nationalsozialistischen Bewegung und der Polizei bestehen, wie in dem nationalsozialistisch regierten Braunschweig.“

Heute liegt es noch in den Händen der Arbeiterschaft, diese Hoffnungen der vereinigten Ausbeuterklasse zuschanden zu machen, morgen ist es dazu vielleicht schon zu spät.

Einheitsfront zwischen Reichswehr und NS.

Ein Teil der Kasseler Reichswehr marschierte vor kurzem zu einer Übung aus. Vor der Reichswehr marschierte ein Trupp von 30 bis 40 Nationalsozialisten, die die an den Straßenseiten stehenden Zuschauer mit „Heil!“ grüßten. Von einem Einschreiten der Polizei war nichts zu merken.

„Straße frei!“

B. H. Braunschweig, 6. Juni.

Am Sonntag abend kam es in den Arbeiterstraßen der Innenstadt zu unerhörten Maßnahmen der Polizei gegen die Bevölkerung, über die uns ein Augenzeuge folgendes berichtet: 21.15 Uhr in der Laugen-Straße: Der Ueberfallwagen der Schupo rast in die enge Straße. Polizei springt vom Wagen und schlägt wie wild mit dem Gummiknüppel auf ahnungslose Passanten, ohne daß irgend ein Grund für dieses Verhalten gegeben war. Wie wahnsinnig laufen die Polizisten die Straße entlang, brüllen: „Straße frei! Fenster zu! Es wird geschossen!“ Die Häuserfronten werden mit Scheinwerfern abgeleuchtet. Immer wieder der Ruf: „Feuerlinie frei!“ Wo Anwohner in den Haustüren stehen, werden sie vertrieben. Aus dem Fenster einer Arbeiterwohnung schallt laut und kräftig die „Internationale“. Das Fenster einer Schlafkammer steht offen, in der sieben Kinder schlafen. Die Polizei will das Fenster schließen lassen. Als man die Haustür nicht gleich öffnet, versucht ein Polizist, die Füllung einzutreten. Die Mutter der Kinder öffnet die Tür. Sie läßt sich nicht einschüchtern und antwortet der Schupo: „Und wenn 20 Polizisten kommen, ich lasse meinen Kindern die frische Luft nicht nehmen.“ Die Frau blieb in diesem Fall Sieger.

Treibereien unterstützen, statt daß sie diese bekämpfen und die internationale Solidarität der Arbeiterschaft aufbauen?

2. Der Krieg hat bereits im Fernen Osten gewütet. Und Schiff auf Schiff verließ England, mit Munition beladen, die für Japan bestimmt war, produziert, transportiert und verladen von englischen Arbeitern. Der Generalrat der Gewerkschaften beschränkte sich darauf, ein Manifest herauszugeben, in dem das Vorgehen Japans verurteilt und der Völkerbund angerufen wurde, den japanischen Angriff mit den dafür vorgesehenen Mitteln zu verhindern. Das spricht sicher nicht dafür, daß er sich der von CITRINE betonten besonderen Verantwortung der Gewerkschaften bewußt war! Nur in einzelnen Gewerkschaften hat überhaupt eine Diskussion über diese Frage stattgefunden. Der Generalrat hat keinerlei Versammlungen organisiert zum Protest gegen die Haltung der englischen Regierung im Völkerbund. Nichts wurde unternommen, um die Mitglieder über die Gefahr der internationalen Lage und über ihre Verpflichtungen gegenüber den chinesischen Arbeitern und Bauern aufzuklären.

Die Leitung der Gewerkschaften hat diese Probe auf ihre Bereitschaft zum Kampf gegen den Krieg nicht bestanden!

Zwei wichtige Erfahrungen hat die englische Gewerkschaftsbewegung in dieser Hinsicht bereits hinter sich: 1914 wurde sie völlig verschluckt von der nationalistischen Kriegswelle; der Gewerkschaftsapparat wurde dazu benutzt, die Arbeiter in den Krieg zu treiben. Viele der heutigen Gewerkschaftsführer waren auch damals führend. CLYNES zum Beispiel war Mitglied des Kriegsministeriums. 1920 aber wurde ein Krieg zwischen England und Sowjet-Rußland verhindert, weil LLOYD GEORGE, der damalige Premier-Minister, bei Kriegsausbruch mit einem Generalstreik rechnen mußte. Im gleichen Jahre kämpften die englischen Transportarbeiter gegen einen Krieg zwischen Polen und Rußland, indem sie Munitionstransporte, die nach Oberschlesien gehen sollten, zurückhielten. Diese Aktion 1920 kam zustande, weil damals — wie auch zum Teil heute noch — große Sympathien für Sowjet-Rußland unter den Arbeitern vorhanden waren, und weil die Erinnerung an den Krieg noch in ihnen lebendig war; hauptsächlich aber, weil damals in den Gewerkschaften die Betriebsrätebewegung Einfluß hatte. Die während des Krieges entstanden war, die die aktivsten Mitglieder in sich vereinigte. Von dieser Bewegung aus wurde die Mitgliedschaft mobilisiert, von hier aus ein Druck auf die Gewerkschaftsleitung ausgeübt. Leider hat diese Bewegung den damaligen Einfluß verloren. Infolge des jetzigen Gewerkschaftskurses der dritten Internationale stehen heute viele aktive Gewerkschaftler, die 1920 eine Rolle spielten, außerhalb der Gewerkschaften. Daher ist die Wahrscheinlichkeit für eine derartige Gewerkschaftsaktion heute viel geringer als damals. Ja, viele Genossen hielten sie für völlig ausgeschlossen. Da aber, wie CITRINE richtig sagt, hierin die einzige Möglichkeit zur Verhinderung eines imperialistischen Krieges liegt, so müssen wir jede, auch die kleinste Chance ausnutzen, und alle Energie daran setzen, die Gewerkschaftsleitung zum Handeln zu zwingen.

Praktische Ansätze in dieser Richtung sind bereits vorhanden. Besonders wichtig ist die Bildung der „Aktions-Komitees“ in allen wichtigen Industriestädten Englands, in denen Vertreter all' der Arbeiterorganisationen zusammengeschlossen sind, die zur gemeinsamen Arbeit gegen den Krieg bereit sind: politische Parteien, Gewerkschaftsorganisationen, Frauen-Genossenschafts-Verbände (die mit der Genossenschaftsbewegung verbunden sind und einen großen Teil der Hausfrauen umfassen). Solche Aktionskomitees hat es schon öfters gegeben; sie spielten 1920 und auch während des Generalstreiks eine wichtige Rolle. Stets sind sie in Zeiten, in denen die englischen Arbeiter in große Kämpfe verwickelt waren, im ganzen Lande entstanden und erst wieder verschwunden, wenn der besondere Zweck, zu dem sie gegründet worden waren, nicht mehr bestand. Zweifellos werden diese Aktionskomitees gegen den Krieg unterstützt werden von der Kommunistischen Partei und deren sympathisierenden Organisationen; ferner von der Unabhängigen Arbeiterpartei, die bereits aufgerufen hat, Aktionen gegen die Kriegsgefahr zu organisieren und die in manchen Bezirken selber die Initiative zur Gründung der Komitees ergriffen hat, und von den kleineren revolutionären Gruppen. In vielen Bezirken

werden sich lokale Gruppen der Arbeiterpartei anschließen und auch viele Gewerkschaften, in denen klassenbewußte Genossen die Leitung haben. Tatsächlich bereiten einige von ihnen bereits lokale Konferenzen zur Erörterung der Kriegsgefahr vor.

Damit die Arbeit in diesen Aktionskomitees gelingt, müssen zwei Bedingungen erfüllt sein:

1. Es muß anerkannt werden, daß die Aktionskomitees im wesentlichen propagandistische Aufgaben haben und daß sie nicht die Gewerkschaften ersetzen können; denn in deren Hand liegt vor allem die Durchführung eines Streiks. Das heißt nun keineswegs, daß die Komitees keine wichtige Funktion hätten! Ob die Gewerkschaften Aktionen machen oder nicht, ist großenteils davon abhängig, daß die Mitglieder sich der Gefahr eines Krieges bewußt und frei von nationalistischem Einfluß sind; sie dahin zu bringen und die internationale Solidarität zu stärken, ist gerade Aufgabe der Komitees. Die Organisation von Anti-Kriegsdemonstrationen, von Versammlungen, in denen Genossen aus anderen Ländern über die Schwierigkeiten und Aufgaben ihrer eigenen Bewegung sprechen, der Austausch von Erfahrungen, die Einrichtung von Anti-Kriegs-Literatur-Verkaufsstellen — all' diese wichtigen Arbeiten können durch vereinte Anstrengungen aller Kriegsgegner besser geleistet werden als durch jeden einzeln.

2. Die Mitglieder müssen sich innerhalb der Komitees darauf beschränken, für die gemeinsamen Ziele zu arbeiten; sie dürfen nicht auf Mitgliederfang ausgehen und parteipolitische Propaganda treiben. Soviel ich sehe, droht die Gefahr, daß diese Bedingung verletzt wird, nur von der Kommunistischen Partei. Am ersten Mai, bei der Maifeier in London, bei der im übrigen strenge parteipolitische Neutralität gewahrt wurde, haben einige kommunistische Redner, wie wir nachträglich erfahren haben, trotzdem die Führer der Unabhängigen Arbeiterpartei angegriffen, die mit ihnen zusammen bei dieser Gelegenheit sprachen. Allerdings fand dies keinen Beifall bei den anwesenden Mitgliedern der Kommunistischen Partei, die im Gegenteil diese Störung der sonst durchweg beobachteten Kameradschaftlichkeit bedauerten.

Bei der letzten Delegierten-Konferenz des Londoner Mai-Komitees wurde der Vorschlag gemacht, das Komitee sollte in ein Londoner Aktionskomitee gegen den Krieg umgewandelt werden. Da damals die Vorbereitungen für den 1. Mai im Vordergrund standen, wurde diese Anregung zunächst zurückgestellt. Aber nach der glänzend verlaufenen Demonstration am 1. Mai, die wirklich die Kriegsgegnerschaft weiter Kreise der Arbeiterschaft zum Ausdruck brachte, sollte dieser Vorschlag nun verwirklicht werden. Ich hoffe, bald von der Tätigkeit des Londoner Aktions-Komitees berichten zu können.

Amerika spart. Hoovers Sanierungspläne.

Der Senat nahm in seiner Sitzung am Sonnabend die Vorlage über die zehnprozentige Kürzung der Bundesbeamtengehälter über 1000 Dollar jährlich an. Man erwartet davon eine Ersparnis von jährlich 119 Millionen Dollar.

Präsident Hoover hat zum Wochenende die Direktoren der amerikanischen Finanz-Wiederherstellungs-Gesellschaft eingeladen. Bei dieser Konferenz wurde ein Programm für die Wirtschaftsankurbelung ausgearbeitet, das die folgenden vier Punkte enthält:

1. Ermächtigung der Gesellschaft, eine Erhöhung des Kapitals bis zu drei Milliarden Dollar vorzunehmen. Davon sollen 300 Millionen zur Hergabe von Krediten an die einzelnen Bundesstaaten für Erwerbslosenunterstützung verwendet werden.

2. Durchführung der gesetzgeberischen Maßnahmen zur Schaffung von Eigenheim-Darlehensbanken, durch die Zwangsverkäufe vorgebeugt und Neubauten angeregt werden sollen. Die Banken sollen durch die Finanz-Rekonstruktions-Gesellschaft finanziert werden.

3. Schaffung von YOUNG-Ausschlüssen in allen Bundesstaaten zur Ausfindigmachung von kreditwürdigen Firmen.

4. Bedingungsloser Haushaltsausgleich und drastische Sparmaßnahmen.

Die Direktoren berichteten ferner von der bisherigen Tätigkeit der Gesellschaft, die Anleihen in einer Gesamthöhe von 500 Millionen Dollar an viertausend Banken, Landbanken und Lebensversicherungen, ferner Anleihen in Höhe von 170 Millionen Dollar an Eisenbahnen gegeben. Ueber zehn Millionen Einzelpersonen hätten daraus Nutzen gezogen. Alle Erwartungen hätten sich vollauf erfüllt.

Eine für wahr sehr freundliche Umschreibung der nunmehr weltbekannteren Tatsache, daß die bisherigen Aktionen zu keinem anderen Erfolg geführt haben als dazu, die amerikanischen Großbanken von festgefrorenen Krediten zu befreien.

Der Irrsinn der Zollpolitik.

Zollmauern und Wirtschaftskrise.

Der Wirtschaftsausschuß des Völkerbundes hat nach eingehenden Beratungen einen Bericht angenommen und den Regierungen des Völkerbundesrates übermittelt, der eine ernsthafte und beachtenswerte Vorbereitung für die geplante Weltwirtschaftskonferenz darstellt, wenn er sich auch im Wesentlichen auf die Kritik der heutigen Handelspolitik be-

TITULESCU's Versuche, in Rumänien ein regierungsfähiges Kabinett zustandezubringen, sind gescheitert. Der König hat erneut mit den Parteiführern verhandelt und zunächst einen Nationalzaranisten mit der Regierungsbildung beauftragt.

In Griechenland ist es VENIZELOS inzwischen gelungen, ein Kabinett zu bilden, das bereits vom Staatspräsidenten vereidigt worden ist.

Gandhis Nachfolger verhaftet.

Die englischen Behörden haben einen der bedeutendsten Kongressführer, UMA SHANKAR DIXIT, nach monatelangen vergeblichen Bemühungen, seiner habhaft zu werden, verhaftet. Man glaubt von DIXIT, daß er seit der Gefangennahme GANDHIS der geheime Führer des indischen Ungehorsamkeitsfeldzuges war.

beschränkt. Der Bericht zeigt, daß die handelspolitischen Maßnahmen, durch die die Regierungen die Wirtschaft ihrer Länder haben schützen wollen, zu einer Erdrosselung des internationalen Handels geführt haben. Der Weltausfuhrhandel betrug

im Jahre	in Milliarden Dollar
1929	81
1931	18
1932	vorausichtlich 15.

Der Bericht führt die Verschärfung der Arbeitslosigkeit auf diesen Rückgang zurück. Verglichen mit den ersten Monaten des Jahres 1929 ist der Außenhandel in den ersten Monaten dieses Jahres zurückgegangen

in	um
England	45%
Italien	46%
Deutschland	49%
Frankreich	51%
Oesterreich	54%
USA	63%
Ungarn	70%
Spanien	70%

Der Bericht stellt zum Schluß fest, daß nur eine internationale Verständigung der Staaten eine Besserung der Wirtschaftslage herbeiführen könnte.



PORGY.

Ein Neger-Roman von du Boss Heyward.

(Deutsche Rechte: Th. Kaarr. Nachfolger. Verlag. Berlin.)

(39. Fortsetzung)

Ein einsamer Geier, der schon den ganzen Morgen über hoch in der Luft seine Kreise gezogen, war niedergestoßen und flog über der Gasse hin und her, so tief, daß seine Schwingen fast den Dachfirst streiften. Während Porgy und Bess ihn noch beobachteten, breitete er plötzlich die Flügel, streckte seine Beine wie tastend aus, spreizte die Krallen und ließ sich auf das Dach, gerade über ihrem Zimmer, nieder.

„Mein Gott!“ schrie Maria, die in der Nähe stand, auf. „Crown schickt euch den Geier, der euch Unheil bringen soll! Jag ihn davon, Porgy — um Gottes willen, jag ihn davon, ehe er sich setzt!“

Der Krüppel streckte die Hand aus und ergriff ein Stück Ziegelstein. Das Strahlen des Glücks war aus seinem Gesicht geschwunden, Angst glomm in seinen Augen. Von seinem langen, kräftigen Arm geschleudert, flog der Stein seinem Ziel zu — traf aber nur das Dach unterhalb des Vogels.

Mit krampfartigem Flügelschlag schwang sich der Körper ein paar Fuß hoch über das Gebäude, dann fiel er plötzlich zurück. Einen Augenblick hüpfte der Vogel ungeschickt auf dem Dach hin und her, als glühe es unter seinen Krallen, dann legte er die Flügel zusammen, zog den nackten Hals ein und starrte mit seinen scharfen, bösen Augen in den Hof hinab.

„Wirf noch einmal!“ rief Maria und reichte Porgy ein

anderes Ziegelstück. Er schien sie jedoch nicht zu hören, über sein Gesicht zuckte es, und er barg es in seinen Händen.

„Bübchen!“ rief die dicke Negerin einem kleinen Jungen zu, der in der Nähe stand und mit offenem Mund nach dem Vogel sah. „Kletter aufs Dach und jag das Vieh mit deinem Stock davon!“

Porgy aber zupfte sie an ihrer Schürze und sagte, als sie zu ihm niedersah, in hoffnungslosem Ton:

„Laß ihn nur — jetzt ist's zu spät! Du siehst ja, daß er sich gerade über meinem Zimmer gesetzt hat — nun hat alles keinen Zweck mehr!“

Am nächsten Morgen saß Porgy an seinem gewohnten Platz neben Archdales Tür. Der Herbst hatte schon in die Eichen des Parks jenseits der Straße gegriffen. Jetzt sah es aus, als ob sie mit langsamen, kreisenden Bewegungen den hellen, tiefblauen Himmel sauberfegten. Händevoll gelblicher Blätter schwebten auf die Fußgänger nieder, die schnell ihres Weges dahinschritten.

Die König-Karl-Straße war voll von geschäftigen Männern, die den Baumwoll-Kontoren und Großhandelslagern zueilten, die längs des Kals liegen. Wie durch die Adern eines gesunden, alten Mannes, der lange schlafend ausgeruht, plötzlich aber erwacht und wieder munter zu laufen beginnt, schien der Pulsschlag des Lebens durch die breite Straße zu schwingen.

Die Stadt war in edler Gebelauene. Wieder und wieder klirrte wie zum Dank Porgys Tasse hell auf, wenn eine Münze in sie hineinfel. Doch der Krüppel selbst hob nicht, wie sonst, in dem Leuchten des Herbstmorgens langsam und dankbar den Blick zu seinen Wohltätigern empor. Seine verschleierte Augen wanderten verängstigt die Straße herauf und herab, richteten sich wohl auch ab und zu scheu zum Himmel, als erwarte er, da etwas Fürchterliches zu sehen.

Gegen Mittag blieb ein Weißer vor ihm stehen, der jedoch kein Geldstück in die Tasse gleiten ließ. Schließlich hob Porgy den Blick und sah ihn an.

Der Weiße streckte die Hand aus und reichte ihm ein Papier hin.

„Für mich?“ fragte Porgy mit zitternder Stimme.

„Du kannst's ruhig nehmen!“ beruhigte ihn der Mann lachend. „Du bist nur vom Leichenbeschauer als Zeuge vorgeladen, weil du den Nigger Crown doch gekannt hast... Das stimmt doch?“

Er nahm augenscheinlich Porgys Schweigen als Zustimmung, denn er fuhr fort:

„Alles, was du zu tun hast, ist, dir in Gegenwart des Leichenbeschauers die Leiche anzusehen und ihm zu sagen, wer sie ist — dann schreibt er einfach auf, was du ihm erzählst!“

Porgy versuchte zu sprechen, stockte, setzte wieder an und flüsterte schließlich:

„Ich soll dem Crown ins Gesicht sehen und die Weißen da bei mir — nicht wahr?“

Seine Stimme klang so kläglich, daß der Schutzmann ihn zu beruhigen suchte.

„Na — das ist doch gar nicht so schlimm! Sicher hast du schon früher mal einen toten Nigger gesehen... Ist ja nur 'ne Sache von paar Minuten!“

„Ist außer mir denn kein anderer Neger in dem Raum?“

„Nein — nur du und Crown, wenn du den noch mitzählen willst.“

Nach einer Weile fragte Porgy:

„Könnte ich nicht eine Frau mitbringen — vielleicht meine Frau?“

„Nein!“ antwortete der Weiße bestimmt. „Ich muß jetzt übrigens weiter!... Komm in einer halben Stunde 'rübel ins Gerichtsgebäude, ich werde dich dort erwarten und reinführen. Aber komm auch bestimmt — sonst gib's Gefängnis, weißt du ja!“

Nachdem der Mann gegangen war, blieb Porgy noch eine Zeitlang unbeweglich sitzen, den Blick aufs Pflaster geheftet. Plötzlich aber ging eine Veränderung mit ihm vor. Er sah einmal die nüchterne, saubere Straße mit ihren herzlösen, vielstöckigen Häusern hinauf und einmal hinunter — dann kletterte er in grüster Hast in seinen Karren und kniff den verblüfften Ziegenbock unbarmherzig in den Schwanz. Der lief verbissen und schaukelnd die Stadtstraßenstraße hinauf, in deren Verlängerung, wie Porgy wußte, Meilen entfernt, die Wälder lagen... (Fortsetzung folgt.)

„Die Staatsgewalt geht vom Reichsgericht und dem Oberreichsanwalt aus.“

(Reichsverfassung, 2., verschlechterte, Auflage, Art. 1.)

Gegen das Verbot der Parteiuniform der NS, das der Preussische Innenminister am 11. Januar 1930 erlassen hatte, hatte GOEBBELS im „Angriff“ vom 15. Januar 1930 einen Artikel geschrieben, der ihm Anklage wegen Aufforderung zum Ungehorsam eingebracht hatte; (auf Grund von § 110 StrGB.: „Wer ... durch Verbreitung ... von Schriften ... zum Ungehorsam gegen Gesetze oder rechtsgültige Verordnungen oder gegen die von der Obrigkeit innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnungen auffordert, wird mit Geldstrafe bis zu sechshundert Mark oder mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft“). Das Landgericht I Berlin hatte am 20. August 1931 GOEBBELS von dieser Anklage freigesprochen. Gegen diesen Freispruch legte die preussische Staatsanwaltschaft auf Veranlassung der preussischen Regierung Berufung beim Reichsgericht ein.

Ueber diese Berufung verhandelte unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten WITT der zweite Strafsenat des Reichsgerichts am 30. Mai, dem Tage, an dem BRÜNING mit HINDENBURG die Unterredung hatte, die zu seinem Rücktritt führte.

Der zweite Strafsenat hat die Revision als „völlig un begründet“ verworfen. Aus der Begründung:

Es handelt sich bei der Verordnung des preussischen Innenministeriums um einen Eingriff in das Vereinsrecht, das seit 1908 reichsgesetzlich geregelt ist. Durch diese Regelung, ergänzt noch weiter durch die Gesetzgebung der Volksbeauftragten von 1918 ist Vereins- und Versammlungsfreiheit in Deutschland gewährleistet. Beide können nicht durch die Landesregierung aufgehoben werden, sondern es bedarf dazu eines Aktes der Willensäußerung der Reichsregierung. Eine solche Willensäußerung der Reichsregierung gegen das Tragen politischer Uniformen ist erst am 28. März 1931, also lange nach der preussischen Verordnung, ergangen. Wenn Dr. GOEBBELS sich gegen diese Verordnung gerichtet hat, so hat er das also getan gegen eine Verordnung, die nicht innerhalb der Zuständigkeit der preussischen Regierung getroffen worden war. Dadurch konnte er auch den § 110 StrGB. nicht verletzen. — Die Kosten hat die preussische Staatskasse zu tragen; dem Angeklagten GOEBBELS sind die entstandenen Auslagen zu ersetzen.

Die Tendenz der vorliegenden Entscheidung des Reichsgerichts ist klar erkennbar. Das Reichsgericht zielt darauf ab, die preussische Regierung in ihrem Kampf gegen die Nationalsozialisten zu schwächen. Aus diesem Grunde hat das höchste Gericht des Reichs die Verordnung des Preussischen Innenministers vom 11. Januar 1930 für ungültig erklärt, durch die das Tragen der nationalsozialistischen Parteiuniform verboten wurde. Im Gegensatz dazu hat das Reichsgericht erklärt, weil der § 8 dieser Verordnung den Landesregierungen allgemein die Befugnis einräumt, das Tragen einheitlicher Kleidung für Mitglieder politischer Vereinigungen zu verbieten. Als die

preussische Regierung auf Grund der erwähnten Bestimmung allerdings ihr früheres Verbot bestätigt hatte, welches sich nur gegen das Tragen der nationalsozialistischen Parteiuniform richtete, wurde diese Verordnung wiederum für ungültig erklärt. Durch diese Rechtsprechung ist die Regierung BRÜNING seiner Zeit dazu gezwungen worden, dem Reichspräsidenten den Erlaß einer Notverordnung vorzuschlagen, durch welche ein allgemeines Uniformverbot für sämtliche Parteien verordnet wurde. Der Reichspräsident hat eine solche Verordnung am 8. Dezember 1931 erlassen. Seit dieser Zeit besteht ein allgemeines Uniformverbot im ganzen Reiche.

Durch die Freisprechung GOEBBELS (von der Anklage der Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Verordnung des Preussischen Innenministers) soll offenbar die Autorität der preussischen Regierung gegenüber der jetzigen Reichsregierung herabgesetzt werden. Der Vertreter des Oberreichsanwalts hat die von der preussischen Staatsanwaltschaft eingelegte Revision in der mündlichen Verhandlung vor dem Reichsgericht nicht im Sinne der preussischen Regierung vertreten. Er hat vielmehr selber die Freisprechung von GOEBBELS beantragt und hat sich öffentlich dafür eingesetzt, daß die preussische Verordnung vom 11. Januar 1930 für ungültig erklärt wurde. Es ist ein in der Geschichte des Reichsgerichts ganz ungewöhnlicher Vor-

gang, daß die Reichsanwaltschaft auf eine solche Weise in der Öffentlichkeit gegen die Staatsanwaltschaft eines deutschen Landes Stellung nimmt.

Durch die wiederholte Ungültigkeitserklärung preussischer Verordnungen soll in der Öffentlichkeit der Anschein erweckt werden, als ob das Vorgehen der preussischen Regierung gegen die Nationalsozialisten auf Willkür beruhe

und der gesetzlichen Grundlage entbehre. Indem das Reichsgericht die Aufhebung der Nationalsozialisten gegen das frühere preussische Uniformverbot durch die Freisprechung von GOEBBELS sanktioniert, will es die öffentliche Meinung dahin beeinflussen, daß diese glaubt, die Nationalsozialisten kämpften mit Recht gegen die angebliche Willkürherrschaft der preussischen Regierung.

Es ist zwar auch schon in der Kaiserzeit vorgekommen, daß das Reichsgericht ein Gesetz oder eine Verordnung für ungültig erklärt hat. Es hat sich aber da immer um solche Vorschriften gehandelt, die politisch wenig bedeutsam gewesen sind. Es wäre z. B. ganz undenkbar gewesen, daß das Reichsgericht der Kaiserzeit etwa das Sozialistengesetz für ungültig erklärt hätte. Dagegen ist es sehr wohl möglich, daß das Reichsgericht der Republik eine Verordnung für ungültig erklärt, die dazu bestimmt ist, die nationalsozialistische Bewegung in ihren Schranken zurückzuweisen. Die Gerichte werden sich eben entsprechend ihrem Klassencharakter niemals in den Dienst einer sozialistischen Partei stellen. Dagegen werden sie jede Gelegenheit benutzen, um eine Partei zu unterstützen, die, wie die nationalsozialistische, sich in den Dienst der Gegenrevolution stellt. Kurt Labischin.

Prügelnde NS-Studenten freigesprochen.

Die „Unabhängigkeit der Justiz“ wird betreffend dadurch illustriert, daß die Urteile der deutschen Gerichte mehr und mehr die politische Entwicklung widerspiegeln, die Deutschland nimmt.

Berliner NS-Studenten, die im Februar in der Universität linksstehende Studenten verprügelt hatten, waren wenige Tage darauf vom Schnellschöffengericht Berlin-Mitte zu Haft, fünf von ihnen zu Gefängnisstrafen von vier bis acht Monaten bestraft worden. Die Anklage lautete auf Landfriedensbruch. Das Schöffengericht hatte sich auf den Standpunkt gestellt, daß es sich um eine öffentliche Zusammenrottung gehandelt hat (zur Berliner Universität haben 15 000 Studenten Zutritt).

Gegen dieses Urteil wurde Berufung eingelegt, über die vor einigen Tagen die dritte Große Strafkammer beim Landgericht in Berlin verhandelte. Das Landgericht hob das erste Urteil auf und sprach die „Studenten“ von der Anklage des Landfriedensbruchs frei. Es vertrat dabei im Gegensatz zum Schöffengericht die Ansicht, daß die Zusammenrottung nicht öffentlich gewesen sei; denn zur Universität habe nur ein geschlossener Kreis von Menschen Zutritt.

Es wurden lediglich zwei Studenten zu Geldstrafen verurteilt: der eine wegen „Körperverletzung“ zu 150 M., der andere wegen ruhestörenden Lärms zu 50 M.

Provokation oder Ungeschicklichkeit?

Polizisten in Zivil.

H. l. m. Vor dem erweiterten Schöffengericht in Frankfurt a. M. wird zur Zeit ein Prozeß gegen 15 Erwerbslose wegen Landfriedensbruchs und Rottenbildung durchgeführt. Die Angeklagten, die in einem Wohnungsblock für Exmittierte wohnen, hatten auf Grund einiger Vorfälle in den Wochen der Wahlkämpfe einen Wachtdienst organisiert. Da es sich hierbei durchweg um Mitglieder der KP oder um Arbeiter handelte, die mit ihr sympathisieren, und man angeblich nach einer Versammlung der NSDAP Zusammenstöße zwischen den aus der Versammlung zurückkehrenden Nationalsozialisten und dem Wachtdienst befürchtete, sollte an dem betreffenden Abend eine umfassende polizeiliche Aktion gegen den Wohnblock durchgeführt werden.

Anstatt offen vorzugehen, zogen die Beamten es vor, eine Vorhut von sieben Polizisten in Zivil — nicht etwa Kriminalbeamte — vorauszuschicken. Ein Polizeihauptmann bekundete im Gerichtssaal, daß die einheitliche Kleidung dieser Vorhut derart war, daß man die Beamten leicht für SA-Leute halten konnte. Wir können natürlich nicht beurteilen, ob diese Maßnahme lediglich eine Ungeschicklichkeit oder eine gewollte Provokation war. Sie wirkte jedenfalls als solche und hatte die leicht vorauszusiehende Folge, daß die Vorhut von dem Wachtdienst angegriffen wurde. Nun griffen auch die uniformierten Polizisten ein. Wie üblich fielen Schüsse, und die Schupo hatte somit — was sie so nennt: Grund zu energischem Vorgehen, das zur Verhaftung der erwähnten 15 Angeklagten führte. Der Prozeß läuft noch. Fest steht jedenfalls, daß die Polizei keinerlei Schußwaffen, sondern lediglich Knüppel, Bleirohre und dergleichen erbeutet hat. Es ist deshalb auch anzunehmen, daß die Polizei nicht nur durch die provozierend gekleidete Vorhut, sondern auch durch die Schüsse zur Provokation des Wachtdienstes beigetragen hat.

Kriminalbeamte wegen Bestechung verhaftet.

e Berlin, 3. Juni.

Am Freitag vormittag wurden zwei Beamte des Fremdenamts beim Berliner Polizeipräsidium, Kriminalinspektor FRANK und Kriminalsekretär GOETZMANN, sowie drei polnische Staatsangehörige, WEINBERGER, FINKELSTEIN und LUTRIK, wegen Verdachts der passiven bzw. aktiven Bestechung verhaftet. Die beiden Beamten sollen den Pöplern gegen Geschenke Aufenthaltsbewilligungen für Ausländer verschafft haben, die dann zum Preise von einigen Hundert Mark verkauft worden sein sollen.

Der Angriff auf die weltlichen Schulen beginnt.

h Berlin, 3. Juni.

Die deutschnationale Fraktion des preussischen Landtags behauptet in einem Antrag, daß verfassungsmäßig in Preußen gegenwärtig nur die evangelische und katholische Bekenntnisschule sowie die christliche Simultanschule zulässig seien. Die Einrichtung sogenannter weltlicher Schulen sei unzulässig. Das Staatsministerium wird ersucht, wo solche Schulen bereits bestehen, ihre sofortige Auflösung oder Umformung zu veranlassen und Mittel für die Zwecke derartiger Schulen weder im Staatshaushalt noch in den Haushalten der Kommunalverbände bereitzustellen zu lassen.

Auf einen Lehrer entfielen im Durchschnitt für das Reich während des Schuljahres 1931 40,4 Schüler. In Oberschlesien 46,8; in Bayern 45,1; in Baden 44,2; in Berlin 28,5; in Hamburg 26,2; in Bremen 29,8; in Lübeck 30,5.

Der Bund Entschiedener Schulreformer veranstaltet vom 1. bis 5. Oktober 1932 im Berlin-Schöneberger Rathaus, Rudolf-Wilde-Platz, einen öffentlichen Kongreß für Kleinkind-Erziehung in Gemeinschaft mit dem „Verein Berliner Individualpsychologen“, dem „Deutschen Fröbelverband“, dem „Verein Montessori-Pädagogik Deutschlands“, mit der „Deutschen Montessori-Gesellschaft“ und der „Deutschen Psychoanalytischen Gesellschaft“.

Mit dem Kongreß sind Ausstellungen und Besichtigungen verbunden. Anmeldungen bei Albert Lenz, Berlin O 17, Hohenlohestraße 9.

Zur Finanzlage der Städte mit vielen Wohlfahrtserwerbslosen.

At. Zu den Städten mit verhältnismäßig vielen Wohlfahrtserwerbslosen gehören Offenbach und Hanau am Main. Der Haushaltsplan der Stadt Offenbach für das Rechnungsjahr 1932, der am 9. Juni der Stadtratssitzung vorgelegt wird, schließt mit einem Fehlbetrag von 7,81 Millionen Mark ab. Der Zuschuß zum Wohlfahrtsamt ist auf 8,73 Millionen Mark gestiegen — trotz Kürzung der Unterstützungssätze. Auf Grund der Ueberweisungen, die aus der Reichshilfe zur Erleichterung der Wohlfahrtslasten bisher erfolgen, kann man nur mit einem Betrag von 2,7 Millionen zur Deckung jenes Defizits rechnen. Andere Finanzquellen? Die hessische Regierung fordert in einer Verfügung die Herabsetzung der Gehälter der Gemeindebeamten.

In Hanau werden 33 Prozent der Bevölkerung aus Reichs- und städtischen Mitteln, 7 Prozent aus privaten (!) Kassen unterstützt. Der Entwurf des Haushaltsplans für 1932 weist einen Fehlbetrag von 2,3 Millionen Mark auf. Die Stadtverwaltung, die zur Zeit noch keine Möglichkeit der Deckung dieses Fehlbetrages sieht, befindet sich dadurch, daß die neue Notverordnung infolge der Demission des Kabinetts BRÜNING nicht zustande kam in, einer noch unangenehmeren Lage. In der neuen Notverordnung war nämlich vorgesehen, die Lasten der durch die Wohlfahrtspflege besonders schwer belasteten Städte durch erheblich höhere Zuschüsse auszugleichen. Da Hanau und Offenbach zu den Städten gehören, die verhältnismäßig die Höchstzahl von Wohlfahrtserwerbslosen haben, hoffte man dort, von der größten Last des Fehlbetrages durch die neue Notverordnung befreit zu werden. Nachdem diese Hoffnung fehlgeschlagen ist, besteht zur Zeit keine Möglichkeit, den städtischen Haushaltsplan zu verabschieden. Einsparungen seien nicht mehr möglich; eine neue Einnahmequelle sieht man noch in der Veräußerung städtischer Vermögenswerte, wobei natürlich nicht an kommunale Betriebe gedacht werde.

Der Oberbürgermeister der Stadt Hanau, der in einer Pressebesprechung diesen trüben Bericht gab, ist der Meinung, daß es bei den bestehenden Zuständen „allein schon aus psychologischen Gründen“ notwendig sei, einen Arbeitsbeschaffungsplan durchzuführen, auch dann, wenn Notstandsarbeiten oder dergleichen nicht dringend sind. Die Inangriffnahme solcher Arbeiten sei notwendig, um wenigstens einem Teil der Arbeitswilligen wieder den inneren Halt zu geben, ohne den sie in weitere leibliche und geistige Not absinken. Infolge der bereits nach den ersten Nachkriegsjahren in Hanau herrschenden großen Erwerbslosennot sind nun fast alle Möglichkeiten produktiver Erwerbslosenfürsorge ausgeschöpft worden. Man denkt jetzt daran, ein bestehendes

Projekt der Kinzig-Regulierung zur Ausführung zu bringen, allerdings unter der Voraussetzung, daß Reich und Staat einen Teil der Kosten übernehmen. Diese Kosten belaufen sich auf 600 000 bis 700 000 M. Ferner denkt man an Wegearbeiten, Steinpflasterung einer Uferböschung, Beseitigung des Unterholzes in den städtischen Wäldern.

Notstandsarbeiten, Flußregulierungen, Wegebau! Bald werden auch die hierfür in Reich und Staat noch freien Mittel „völlig ausgeschöpft“ sein! Der leiseste Versuch aber, dem Uebel an die Wurzel zu gehen, zu siedeln z. B., ist als „vollendeter Bolschewismus“ bei Strafe des Regierungsturzes verboten. So haben es die Großgrundbesitzer beschlossen!

Der Etat des Landkreises Hanau weist für 1932 nach einem Bericht des Landrates KAISER einen Fehlbetrag von 1 621 000 M auf. Von den 32 Gemeinden können nur noch vier als zahlungsfähig angesehen werden. Die übrigen können die Unterstützungen nicht mehr zahlen. Auch der Kreis weiß nicht, wie er Unterstützungen zahlen soll. Alle staatlichen Ueberweisungen an Gemeinden sind seit November für Krisenunterstützung gepfändet.

Der Kreis Oberbarnim (Mark) rechnet für 1931 mit einem Fehlbetrag von 400 000 bis 500 000 M. Grund: geringere Ueberweisungen seitens des Reichs, Mindereinnahmen an Steuern, erhöhte Wohlfahrtsausgaben.

Der Stadt Angermünde (Kreis Oberbarnim) fehlten am letzten Tage des Mai 19 000 M, um die Ansprüche der Unterstützungsberechtigten befriedigen zu können.

In der Stadt Jastrow (Grenzmark) schließt der Haushaltsvoranschlag für 1932 mit einem Fehlbetrag von 64 000 M (bei einer Gesamteinnahme von 411 600 M).

Wie stehts im Westen?

Stadt	Einwohnerzahl	aus öffentl. Mitteln unterst. Personen am 1. April 1932	in Proz. der Einwohnerzahl
Bochum	320 619	97 303	30,35
Dortmund	534 230	209 814	39,27
Duisburg	421 217	170 042	40,37
Essen	656 861	181 367	27,61
Gelsenkirchen	334 951	100 989	30,15
Gladbeck	61 707	24 344	39,45
Herne	99 156	40 185	40,53
Wanne-Eickel	94 131	32 274	34,29

Unbelehrbare Gewerkschaftsvertreter.

24 Prozent Lohnabbau seit 1930.

H. Ls. Zur Regelung der Lohnstreitigkeiten im Frankfurter Erwerbsgartenbau wurden Ende Mai die Nachverhandlungen vor dem Schlichter geführt.

Im ersten Schiedsspruch (Anfang Mai) hatte der Schlichter die Senkung der Stundenlöhne um 2 Pfennige in der Spitze ausgesprochen. Die Arbeitnehmer hatten den Spruch, den der Schlichter „mangels öffentlichen Interesses“ nicht für verbindlich erklären wollte, angenommen; die Arbeitgeber lehnten ab. In einem Schreiben an den Schlichter verlangten die Unternehmer die Senkung der Löhne um 20 Prozent.

In den Nachverhandlungen versuchte der Schlichter, beide Parteien zu Zugeständnissen zu bewegen, wobei jedoch die Unternehmer immer wieder betonten, daß die Kürzung der Löhne um 20 Prozent das Mindeste sei, was sie beanspruchten. Als zwischen den Parteien keine Einigung zu erzielen war, wurde vereinbart.

Der Schlichter solle einen Spruch fällen, der für beide Parteien bindend sein sollte.

Der Schlichter fällt dann einen Schiedsspruch, der die Stundenlöhne in der Spitze um 10 Prozent senkt — Durch Verhandlungen mit den Unternehmern erreichten die Gewerkschaftsvertreter schließlich, daß die Löhne im Durchschnitt um 8,8 Prozent gesenkt werden. Der Vertrag kann erstmalig zum 15. Oktober dieses Jahres gekündigt werden.

Die Löhne sind nach diesem Schiedsspruch im Frankfurter Erwerbsgartenbau gegenüber Anfang 1930 um durchschnittlich 24 Prozent gekürzt worden.

Wenn den Unternehmern kein Widerstand entgegengesetzt wird, und die Kollegen nicht dazu aufgerufen werden, diesen Widerstand recht bald zu organisieren, werden im Herbst weitere Lohnkürzungen zu erwarten sein. Wie man sieht, sind die Schlichter den Unternehmern dabei gute Helfer. Und die Gewerkschaftsvertreter? Sie machen sich einer durch nichts zu entschuldigenden Vernachlässigung ihrer Berufspflichten schuldig, wenn sie, zu bequem zum Kampf, nach hundert Er-

fahrungen mit den Schlichtern, sich immer noch wieder dazu herbeilassen, dem Schlichter eine Blankovollmacht für seinen Spruch zu erteilen.

Weitere „Angleichung der Löhne“.

H. D. Die drei Sonderschlichter, die STEGERWALD einsetzen, setzen den Abbau der Bauarbeiterlöhne fort. Obwohl sie den Lohn in einer ungeheuren Weise abbauen, lohnen die Unternehmer diese Sprüche ab. Nur wo die Schlichter besonders rigoros vorgehen, beantragen sie die Verbindlichkeitsklärung.

Zeit	Lohngebiet	Abbau in %	Laufdauer
9. 5. 32	Nahegebiet	22,3	28. 2. 33
9. 5. 32	Niederschlesien-Görlitz	13,9—16,3	31. 12. 32
10. 5. 32	Niederschles. (Grünberg)	15,6—16,1	31. 12. 32
10. 5. 32	Sieg-Lahn (Siegen)	18,0	30. 11. 32
13. 5. 32	Freistaat Sachsen	16,6—22,6	?
12. 5. 32	Norddeutschland	14,6—22,2	30. 11. 32
13. 5. 32	Mecklenburg	13,5—19,7	31. 12. 32
18. 5. 32	Provinz Brandenburg	16,6—17,0	31. 12. 32
19. 5. 32	Grenzmark	17,4—23,4	31. 12. 32
20. 5. 32	Berliner Verorte	19,2	31. 12. 32

Den an sich schon niedriger entlohnten Hilfsarbeitern hat man in allen Fällen den Lohn viel stärker gekürzt, als den Handwerkern.

Der Kampf gegen die Bauarbeiterlöhne hat im März 1931 begonnen. Die Löhne der baugewerblichen Arbeiter wurden damals um 9,3 Prozent gesenkt. Durch die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 wurden die Bauarbeiterlöhne im Reichsdurchschnitt um 18,9 Prozent gesenkt. Im Durchschnitt hat die „Angleichung der Löhne“ einen weiteren Lohnabbau von 12 bis 20 Prozent gebracht. Die Bauarbeiterlöhne sind also im Laufe eines Jahres um 31 bis 40 Prozent gesenkt worden.

Trotz des Lohnabbaus sind die Bauarbeiter heute zu neunzig Prozent arbeitslos.

Weitere Entlassungen in Kattowitz.

Die Kattowitzer A.-G. hat beim Demobilisierungskommissar um die Genehmigung zur Entlassung von 1000 Bergarbeitern auf der Myslowitz-Grube nachgesucht, da der Betrieb, in dem bisher 2000 Arbeiter beschäftigt wurden, mit dem 2. Juli 1932 teilweise stillgelegt werden soll.

300 Holzarbeiter ausgesperrt.

Die Unternehmer der Stuttgarter Holzindustrie hatten einen Lohnabbau von 15 Pfennigen für die Stunde gefordert. Der Schlichter für Südwestdeutschland hat ihnen durch Schiedsspruch einen Abbau von 5 Pfennigen für die Stunde bewilligt. Während die Unternehmer weitere Kürzung verlangen, hat der Holzarbeiterverband die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruchs beantragt. Daraufhin haben die Unternehmer 300 Arbeiter entlassen, um ihre Position bei den nächsten Auseinandersetzungen zu stärken.

„Bete und arbeite!“ Der Kirchliche Erziehungsvorband der Provinz Brandenburg richtet in Königsberg (Neumark) einen freiwilligen Arbeitsdienst für Mädchen ein.

Der nächste Wirtschaftsskandal-Prozeß beginnt am Dienstag vor der Großen Strafkammer 4 des Hamburger Landgerichts. Angeklagt sind der Kaufmann JULIUS STIEFEL und weitere vierzehn Personen. Hier ist das Sündenregister, daß die Anklage dem Hauptangeklagten STIEFEL aufmacht: Fortgesetzte Steuerhinterziehung in Höhe von 3½ Millionen M.; Betrug von Banken um rund 2 Millionen M.; Kreditbetrug von Zuckerraffinerien um rund 3½ Millionen M.; Betrug durch gefälschte Zuckerausfuhrscheine um rund 6 Millionen M.; dazu Konkursverbrechen.

HÖRSING ist aus der SPD ausgeschlossen worden.

Zum Tode verurteilt wurde der Postauswärtiger HEINTZE vom Landgericht in Frankfurt-Oder. Er hatte seine Freundin WOLFF ermordet.

In Mexiko brach am vergangenen Freitag ein ungeheures Erdbeben aus, durch das die meisten Telefonverbindungen zerstört wurden. Das Katastrophengebiet war dadurch zunächst von der Umwelt fast völlig abgeschnitten. Erst allmählich drangen Meldungen durch. Bisher wird die Zahl

der Todesopfer auf 500 geschätzt, davon 300 im Gebiet Guadalupe im Staat Jalisco. 20 Ortschaften sind zerstört worden. Da die Behörden mit weiteren Erdbeben rechnen, sind Schulen, Theater und Restaurants geschlossen worden. Man nimmt an, daß der Erdbebenherd im Stillen Ozean in der Nähe des mexikanischen Staates Colima liegt.

Flugzeugunglücke.

Auf dem Flugplatz Berlin-Johannisthal stürzte ein Flugzeug auf einen Arbeitsraum. Während der Führer der Maschine unverletzt blieb, wurden acht Arbeiter, die in dem Raum tätig waren, verletzt, darunter eine 25jährige Arbeiterin, die inzwischen gestorben ist.

Ein Kunstflugschüler der Würzburger Fliegerschule hatte das Unglück, daß sein Flugzeug beim Manövrieren zerbrach. Da der Flieger erst in 80 Meter Höhe absprang, entfaltete sich der Fallschirm nicht mehr, und der Flieger wurde beim Aufschlagen auf den Boden getötet.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Berlin: Bezirk Prenzlauer Berg: Dienstag, den 7. Juni, 20 Uhr, Casino-Festsäle, Pappelallee 15. Thema: Das Ende der Demokratie — was sollen wir tun?

Bezirk Wedding, Mittwoch, den 8. Juni, 20 Uhr, Lokal Domke, Hochstädter Str. 23. Thema: Das Ende der Demokratie — was sollen wir tun?

Dortmund-Hörde: Dienstag, den 7. Juni 1932, abends 8 Uhr, im Arbeiter-samariter-Heim, Bollwerkstr. 40. Thema: Gibt es noch einen Ausweg aus der Wirtschaftskrise? Freie Aussprache! Eintritt frei!

Hannover: Mittwoch, den 8. Juni, 20.15 Uhr, in der städtischen Saalwirtschaft, Gartenallee 1. Thema: Hitler marschiert! Was ist zu tun? Freie Aussprache! Eintritt frei!

Erzbischöfliche Kampfmittel gegen die Freidenker.

Gebet und Lüge.

Der Erzbischof von München und Freising hat ein allgemeines Gebet angeordnet, in dem die Propaganda gegen die Freidenker mit folgenden Sätzen betrieben wird:

„Herr, himmlischer Vater, ... die Gottlosen sind am Werk, deinen Namen zu schänden, deine Gebote abzuschaffen, den Frieden der Völker zu stören.“

Mit der Propaganda durch Beten geht also in einem Atem die Propaganda durch Lügen. Denn wenn auch die Freidenker den Frieden der Kirchen (viel zu wenig!) gestört haben — sie haben sich nie an der Störung des Friedens der Völker beteiligt, etwa so wie es dem Chef des Erzbischofs von München und Freising in folgendem Telegramm von einem Zeugen nachgerühmt wird, den der Vorwurf der Gottlosigkeit wohl nicht trifft. In einem Telegramm, das der bayerische Gesandte beim Vatikan, Herr von RITTER, am 21. Juli 1914 nach München gesandt hat, heißt es:

„Papst billigt scharfes Vorgehen Oesterreichs gegen Serbien. ... Kardinalstaatssekretär hofft ebenfalls, daß Oesterreich diesmal durchhält, und wüßte nicht, wann es sonst noch Krieg führen wollte ...“

Wir wollen uns heute, da ein neuer Massenmord Völkern zu vernichten droht, die Rolle der Kirche als eines Friedensstörers merken. Es ist sicher, daß sie nicht fehlen wird, wenn es gilt, gegen Rußland die kapitalistischen Staaten mobilzumachen. Schon 1914 ging es für Rom gegen Rußland, und zwar deswegen, weil dessen Bevölkerung nicht römisch-katholisch war. Das geht aus dem Schlußsatz des erwähnten Telegramms hervor: „Daraus spricht auch die große Angst der Kurie vor dem Panlawismus.“

Rundfunksendungen, die wir zur Beachtung empfehlen.

Dienstag, den 7. Juni.

Hamburg: 18.30 H. HEINEKEN: Wirtschaftliches und Politisches aus Britisch-Malaya.

Langenberg: 18.15 ELISAB. LENNARTZ: Aus Briefen VINCENT VAN GOGH. 19.25 P. BOROWSKI: Memel, Litauen und die europäische Politik.

Mittwoch, den 8. Juni.

Berlin: 18.00 Dr. W. POHL: Sozialpolitische Umschau.

Königs wusterhausen: 19.00 Dr. G. E. HEINECKE: Die internationale Bedeutung der Reparationsfrage (vergl. dazu: „Ein kapitalistisches Täuschungsmanöver“ in Nr. 16 vom 20. Januar des „Funkens“).

22.20 Dr. JOS. RÄUSCHER: Politische Zeitungsschau.

Langenberg: 19.30 Dr. HASELHOFF: Ueber die Vorschriften im Streitverfahren der Sozialversicherung. 20.45 Hörspiel: „Mörder aus Gerechtigkeit“, althinesisches Sittenbild. (Auch Berlin).

Wien: 18.00 ... lassen werden

BESTELLSCHHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name Ort

Straße und Hausnummer

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: International. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

MAGDEBURG

Naturreiner, echter
Bienenhonig

10 Pfd.-Eimer nur RM 10,75
5 Pfd.-Eimer nur RM 5,50

Frischkost-Reformhaus
Magdeburg
O. v. Guerickestraße 104.

Erstklassige Maßarbeit
Herren-Anzüge ♦ Damen-Mäntel
Mäntel-Kostüme
III Tadellöser Stils III

Schönheit
Magdeburg, Otto v. Guerickestraße 104, H. r. l.
Stoffmuster vorrätig.

BUROBEDARFSARTIKEL

Reparaturen und Reinigung
von Schreibmaschinen

A. H. TIMMERMANN
Hamburg, Barcastraße 8.
Telephon: 25 53 42

BERLIN

KAMERA

Unter den Linden 14 — A 1 Jäger 2987.

Festspiele des Films:

6.-7. Juni

NJU

mit Elisabeth Bergner, Emil Jannings,
Conrad Veldt, Maria Bard.

Freunde
und Leser des
„Funkens“!

Unterstützt
Euro
Zeitung!

Wert Abonnenten!
Sammelt Anzeigen!
Gewinnt bei Einhalten
eure Interessen!

**Zeitschriften, Broschüren,
Flugschriften, Plakate**

stellt schnell, sauber und billig her

Oscar Wettig, Gelnhausen

Robert Peppmüller, Göttingen

Buchhandlung und Antiquariat

für moderne Literatur

Kataloge und Auskunft gratis!

Indien in der Zange

Die wirtschaftliche Not
eines großen Volkes

Von KARL HINKEL

Mit einer Karte und 9 Bildern. 156 Seiten.
Broschiert 3 Mark. In Ganzleinen 4 Mark.

... In diesem Buche, das von hohem sittlichen Ernst für die Lage des Volkes getragen ist, wird über Tatsachen berichtet, die dem Europäer meist unbekannt sind ... An Hand eines wissenschaftlichen Leitfadens werden die Mittel zur Beseitigung der wirtschaftlichen Ausbeutung in Indien und deren Aussicht auf Verwirklichung erörtert.

„Gewerkschaft“, Nr. 22 vom 28. Mai 1932.

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Postcheckkonto: Berlin 81 813.

NS-Regierung in Mecklenburg.

Die Niederlage der SP und der KP.

Das Land Mecklenburg - Schwerin hat sich am Sonntag einen neuen Landtag gewählt, der nach dem vorläufigen amtlichen Ergebnis folgendermaßen zusammengesetzt ist (Mandatszahlen des alten, am 23. Juni 1929 gewählten Landtages in Klammern):

Kommunisten	4	(3)
Sozialdemokraten	18	(20)
Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft	1	(2)
(Staatspartei, Mieter)		
Nationale Mecklenburger	1	(11)
(DVP, Wirtsch.-P., Chr.-Soz., Landv.)		
Deutschnationale	5	(11)
(Völkische)		(2)
Nationalsozialisten	30	(2)
Zusammen:	59	(51).

Die Stimmzahlen der bei den Landtagswahlen insgesamt abgegebenen Stimmen verteilen sich nach dem vorläufigen Ergebnis folgendermaßen:

	Landtagsw.	Präsidentenwahl	Reichstagsw.
KPD	5.632	10.432	13.332
SAP	26.962	23.504	33.104
SPD	952	—	—
Bürg. Arb.-Gem.	108.358	—	—
Nationale Mecklenburger	7.899	—	—
DNVP	7.492	—	—
NSDAP	32.875	48.493	39.874
	177.029	178.076	139.030
			72.033

Bezeichnend für diese Wahlen ist, daß sowohl SPD als auch KPD — bei gleichzeitigem ungeheuren Steigen der nationalsozialistischen Stimmzahl — weniger Stimmen erhalten haben als bei der Reichstagswahl im September 1930. Also nicht einmal mehr zu einem papiernen Bekenntnis für eine der beiden Parteien hat es in dieser „revolutionären Situation“ gelangt. Im umgekehrten Verhältnis zu diesen eindeutigen Nachrichten steht die Selbstgefälligkeit der Leitartikelschreiber der beiden Parteien. Auf die 952 Stimmen der SAP machen wir nur aufmerksam, um zu zeigen, daß auch hier offenbar der Ernst der Situation völlig verkannt wird. Wer einigermassen revolutionär gesonnen ist, hat jetzt andere Sorgen, als neben den Stimmen für KP und SP noch einige verärgerte Unzufriedene hinter Parolen für ein Parlament zu sammeln, das zudem nur noch auf dem Papier sein Dasein fristet.

Reaktion im Gemeindeparlament.

g. Schönebeck-Salzellen, 5. Juni.

Am Sonntag fand in der neuen Groß-Gemeinde Schönebeck-Salzellen (Provinz Sachsen), die kürzlich aus den drei Gemeinden Schönebeck, Bad Salzellen und Frohse gebildet wurde, die Wahl für die Gemeindevertretung statt. Von den 808 Wahlberechtigten haben sich 77,7 Prozent an der Wahl beteiligt. Das Ergebnis ist:

KPD	3.054	Stimmen	6	Sitze
SPD	5.992	„	12	„
Nationale, Mitte	780	„	1	„
DNVP	1.794	„	3	„
NSDAP	6.572	„	14	„
Zusammen:			36	Sitze.

Bisher hatte in allen drei Gemeinden die SPD die absolute Mehrheit.

Auch Ungarn muß seine NS haben.

Dem Zuge der Zeit folgend, hat sich auch in Ungarn eine Nazi-Partei gebildet, die sich „Ungarländische nationalsozialistische Landwirte- und Arbeiterpartei“ nennt. Sie soll sich mit HITLER in Verbindung gesetzt haben, zu dessen „Ideen“ sie sich bekennt. Eine davon wollen wir hier verraten: „Man wird doch nicht etwa glauben, daß die Ausgewählten der Nation auch ebenso Auserwählte des Geistes oder auch nur des Verstandes sind . . . und

zum zweiten ist die Abneigung der Masse gegen jedes überragende Genie eine geradezu instinktive. Eher geht ein Kamel durch ein Nadelöhr, ehe ein großer Mann durch eine Wahl „entdeckt“ wird.“ Das hat HITLER

Was kostet der Krieg die Völker?

M. H. Diese Frage beantwortet LEHMANN-RUSSBÜLD in einer sehr lesenswerten „Denkschrift zum Reparations- und Abrüstungsproblem“, die von der Liga für Menschenrechte herausgegeben wird. Die Zahlen, die hier zusammengestellt worden sind, sollten der breitesten Öffentlichkeit immer wieder vorgehalten werden; denn es ist längst nicht genug bekannt — und wird auch immer wieder vergessen —, wie viele Kosten die Folgen des alten Krieges und die Vorbereitung neuer Kriege erfordern. Ueber die Hälfte der öffentlichen Steuerlasten der Staaten verschluckt der Moloch Krieg!

Das „Konto Krieg“ der Völker ist nicht so ohne weiteres aus dem Militärjahrbuch des Völkerbundes abzulesen; es setzt sich aus verschiedenen Posten zusammen, und zwar folgendermaßen:

	Jetziger Jahresstand in Millionen Mark
Für die stehenden Heere	20 000
Kriegspensionen	10 400
Verschleierte Militärausgaben	2 000
Strategische Anlagen (nur Zinsen u. Amortisation d. Eisenbahnen)	1 500
Kapitalanlagen der Rüstungsindustrie und ihrer Rohstoffbasis	2 000
Kriegsschuldenzinsen	14 700

jährlich in Millionen M: 50 600

Davon entfällt die Hälfte auf die Folgen des alten Weltkrieges, die Hälfte auf die Vorbereitung neuer Kriege.

Auf den Tag des Jahres ergibt das rund 140 000 000 M, das ist etwa soviel, wie jährlich eine Großstadt braucht.

Die offiziellen Rüstungen sind nach dem VIII. Militärjahrbuch des Völkerbundes von 1925 bis 1930 um mehr als ein Sechstel gestiegen (von 3479 auf 4128 Millionen Dollar). Inzwischen sind es 5000 Millionen Dollar geworden. Hoover hat diese Summen kürzlich genannt und dabei gesagt, daß damit die Rüstungsausgaben um 70 Prozent die der Vorkriegszeit übersteigen.

Die Mehrbelastung der Steuerzahler durch die erhöhten Zölle — eine Folge der Nichtbefriedung der Welt nach dem Kriege — ist dabei nicht berücksichtigt, da diese Summe im Gesamtbild erscheint und daher nicht zu berechnen ist, welcher Teil davon in den Heeresbudgets bereits enthalten ist. Um rund 6,5 Milliarden (von 6,5 auf rund 13 Milliarden) sind die Zolleinnahmen gestiegen. In den europäischen Ländern von 1913 bis 1928 von 3621 Millionen auf 6706 Millionen M; in den neutral gebliebenen Staaten in der gleichen Zeit von 452 auf 1124 Millionen, in den außereuropäischen kriegführenden Ländern und den englischen Kolonien von 2424 auf 5008 Millionen.

Diese erhöhten Zölle müssen von den Verbrauchern der Güter getragen werden und belasten vor allem die große Masse des Volkes.

geschrieben, ehe er Gefahr lief, durch eine Wahl für den Beruf des „Staatsmannes“ entdeckt zu werden von der Masse, die nach HITLERS Meinung, positiv ausgedrückt, eine instinktive Zuneigung für Schafsköpfe hat. Diese „Masse“ (ich zitiere hier HITLER, ohne mir seine zynischen Pöbeleien zu eigen zu machen) hat ihn soeben wieder einmal „entdeckt“, und zwar in der Gemeinde Legerbuch in Kärnten, wo man ihn „in Anerkennung seiner Verdienste um die geistige und seelische Wiederaufrichtung des deutschen Volkes“ zum Ehrenbürger ernannt hat.

Französische Parteien zum Kabinett Herriot.

Obwohl das Kabinett HERRIOT nur einen schmalen Bereich der politischen Gruppen Frankreichs vertritt, hat es doch in der Presse fast durchweg eine freundliche Aufnahme gefunden. Nur die Kommunisten und einige Vertreter der äußersten Rechten sagen ihm den Kampf an. Bei allen andern herrscht wohlwollende Neutralität und Bereitschaft zur Unterstützung, falls die Taten der Regierung den eigenen politischen Forderungen entgegenkommen. Es ist wahrscheinlich, daß dieser labile Zustand, der die Anlehnung der Regierung einmal nach links, ein anderes Mal nach rechts zuläßt, sich bald zu einem engeren Anschluß an eine der beiden Seiten entwickeln wird, und das wird voraussichtlich nicht die linke sein.

Für die europäischen Großmächte betragen nach einer Berechnung von BENEDIKT KAUTZKY Rüstungskosten und Schuldendienst:

In	Rüstungen	Reparaturen bzw. Schuldendienst	Rüstg. u. Schuldendienst zusammen
Deutschland	9,9%	31,5%	41,4% d. Staatsausg.
Frankreich	26%	33,8%	60,2%
England	12,6%	41,3%	53,9%
Italien	22,7%	22,1%	44,8%
Durchschnitt	18 %	32 %	50,1%

Auch in Amerika beanspruchen Rüstungen und Kriegsschulden 54 Prozent der Staatsausgaben.

Das war berechnet auf die Jahre 1927 bis 1929. Inzwischen haben sich die Rüstungen wie gesagt noch erhöht!

Auch Deutschland hat ein hohes „Konto Krieg“ — trotz Rüstungsbeschränkungen. Das zeigt die folgende Aufstellung:

	1930/31	1931/32
	Millionen M	
Wehrmacht	771,4	759,2
Innere Kriegslasten	389,4	301,7
Kriegsvorsorgung	1704,3	1595,7
Außere Kriegslasten	1882,7	1793,7
	4747,8	4450,3
Dagegen Steuer- und Zollertrag:	7541,1	6836,9

Selbst in der neutral gebliebenen Schweiz hat sich das Konto Krieg von 1900 bis 1930 verdoppelt! Die Subventionen der Schweiz für den Unterricht haben sich von 1918 bis 1930 nicht ganz verdoppelt; die Subventionen für Militär- und Turnwesen haben sich dagegen versiebenfacht.

Und in dem gleichen Zustand befindet sich ganz Europa: Für Rüstungen und Schuldzinsen aus Rüstungen werden 50 bis 70 Prozent der Steuern verbraucht, während die Ausgaben für Schule und Bildung weit dahinter zurückbleiben.

Die Denkschrift sagt darüber sehr richtig: „Diese Tatsache spricht so für sich selbst, daß von den Profitörern des Krieges alles daran gesetzt wird, um sie den großen Massen nicht ins Bewußtsein kommen zu lassen.“

Wer all diese Tatsachen vorurteilslos betrachtet, der sieht den Wahnsinn des weiteren Wetttrübens, insbesondere auch den Wahnsinn der deutschen Forderungen auf Abrüstung auch für Deutschland! Der erkennt, daß auch die Lösung der Reparations- und Kriegsschuldenfrage nur im Zusammenhang mit einer allgemeinen Abrüstung erfolgen kann. Weder von den heutigen Regierungen, noch von der Abrüstungskonferenz, in der eben diese Regierungen sitzen, ist eine solche Lösung zu erwarten. Nur sozialistische Kräfte sind dazu imstande.

Die französischen Minister traten am Sonntag vormittag zum ersten Kabinettsrat unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten HERRIOT zusammen. Dabei wurde die Regierungserklärung aufgesetzt, die am Dienstag vor Kammer und Senat verlesen werden soll.

Die Führung der Radikalsozialistischen Partei, die bisher in Händen HERRIOTS lag, wird voraussichtlich an den ehemaligen Präsidenten des Finanzausschusses der Kammer, MALVY, übergehen, dem dieses Amt bereits angetragen wurde. MALVY hat sich die Antwort noch vorbehalten.

Herriot und die Lalengesetze.

Der elsässische Abgeordnete MICHEL WALTER (Elsässische Volkspartei) hat in der französischen Kammer eine Anfrage eingebracht über die Politik, die die neue Regierung gegenüber Elsaß-Lothringen einzuschlagen gedenke. Von sozialistischen und radikalsozialistischen Kreisen wird HERRIOT seit Wochen bestürmt, er solle die französischen Lalengesetze, die die Trennung der Kirche vom Staat und die Weltlichkeit des Schulwesens festlegen, auch für Elsaß-Lothringen einführen, wo sie bisher noch nicht gelten. Die vorigen Ministerpräsidenten, POINCARE, LAVAL und TARDIEU, haben solche Forderungen wiederholt zurückgewiesen mit der Bemerkung: sie wollten den gegenwärtigen Zustand nur dann ändern, wenn die Mehrheit der Bevölkerung dieser Provinzen eine Aenderung verlange.

Japanische Kolonisationspläne.

Nach russischen Meldungen aus Charbin sind die Kämpfe in der Mandchurei noch immer heftig im Gang. Das japanische Oberkommando hat in einem Bericht zugeben müssen, daß es bisher trotz aller Zusammenziehung der japanischen Truppen nicht gelungen sei, des Aufstandes Herr zu werden. Das Oberkommando rechnet daher auch damit, daß die japanischen Truppen noch monatelang in der Mandchurei bleiben werden.

Während die japanischen Truppen mit den Chinesen im Kampf liegen, die sich den Raub der Mandchurei nicht gefallen lassen wollen, tagt am Sonntag in Mukden der Kongreß der japanischen Reservisten, um über Maßnahmen zur Kolonisierung der Mandchurei durch japanische Reservisten zu beraten. — Die Beute wird also bereits verteilt.

Die Hoffnung, Oesterreich werde durch eine internationale Anleihe aus seinen Finanzschwierigkeiten befreit werden, ist in Wien gering. Einerseits glaubt man nicht daran, daß die französische Regierung dem englischen Vorschlag einer solchen Anleihe zustimmen werde, wenn nicht gleichzeitig der Kreditbedarf Polens und Jugoslawiens berücksichtigt wird, andererseits weist man darauf hin, daß eine Anleiheaktion für Oesterreich nur dann eine Erleichterung bringen könnte, wenn der Anleihebetrag tatsächlich eine wesentliche Vermehrung des Devisenvorrats der österreichischen Nationalbank darstelle. Eine Konvertierung kurzfristiger Kredite genüge dazu nicht.

Die „Germania“ bleibt anscheinend auf Seiten des Zentrums und des Prälaten KAAS — so muß man wohl die Tatsache verstehen, daß ihr Chefredakteur RITTER, der die Leitung erst kürzlich übernommen hatte und den nationalistischen Flügel des Kathollizismus vertritt, „mit Rücksicht auf die politischen Vorgänge der letzten Tage“ wieder von der Leitung der „Germania“ zurückgetreten ist.

Die Revolution in Chile.

Die sozialistische Republik ausgerufen.

In Chile sind nach kurzen Kämpfen der Staatspräsident MONTERO und seine Regierung gestürzt worden; Chile ist zur sozialistischen Republik erklärt worden.

Die Revolution ist allem Anschein nach ausgegangen von den Fliegertruppen in der Hauptstadt Santiago, die Chile unter Führung des Obersten HARMADUKE GROVE. Die Regierung hat daraufhin den Belagerungszustand verhängt und den Flughafen militärisch absperren lassen. Ihre Lage war von vornherein unsicher, da auch die anderen Truppen mit den Aufständischen sympathisierten.

In der Hauptstadt unternahmen inzwischen Arbeiter einen Sturm auf das Regierungsgebäude. Regierungstreue Truppen schossen in die Menge; drei Tote, sechzig Verwundete blieben auf dem Platz. Trotzdem sah sich der chilenische Präsident gezwungen, das Gebäude zu räumen.

Die Versuche der Regierung, durch strenge Pressezensur und durch Verhaftungen den Aufstand zu lokalisieren, blieben vergeblich, vor allem, als die Truppen mehr und mehr zu den Revolutionären übergingen. Schon am Sonnabend trat Oberst GROVE im Regierungspalast ein und erzwang den Rücktritt der Regierung. Am Sonntag wurde die sozialistische Republik ausgerufen.

In dem Aufruf, den die siegreichen Führer des Aufstandes nach dem Sturz der bisherigen Regierung erließen, wenden sie sich einerseits gegen den Imperialismus und den Einfluß der ausländischen Bankiers, andererseits gegen den Bolschewismus.

„Der Hunger, die Armut und die Arbeitslosigkeit werden unverzüglich durch die Zuhilfenahme großer Vermögen, das Verbot jeglicher Spekulation in den lebenswichtigen

Waren und die Einstellung gewaltsamer Besitzenteignung beseitigt werden. Es gibt nur eine Möglichkeit für Chile: Endgültiger Zusammenbruch oder Regierungswechsel.“

Die neue Regierung, die bald darauf gebildet worden ist, wird geführt von einem Dreimänner-Ausschuß: General ARTURO PUJA, der zugleich Innenminister ist, DON CARLOS DAVILA, der früher Gesandter in Washington war, und DON EUGENIO MATTE. Diesem Ausschuß ist ein Ministerkabinett beigegeben, in dem der Oberst GROVE das Wehrministerium verwaltet. Er gilt als der stärkste Mann der neuen Regierung.

Das Programm der neuen Regierung ist außerordentlich umfangreich und schließt eine Reihe umwälzender Maßnahmen ein. So ist u. a. vorgesehen: eine scharfe Besteuerung der großen Vermögen, wodurch 500 Millionen Pesos (50 Millionen Mark) aufgebracht werden sollen, die allgemeine Arbeitspflicht und Beschlagnahme unproduktiven Landes zur Arbeitsbeschaffung für Arbeitslose, die Auflösung und Verstaatlichung des Cosach-Chilesalpeter-Konzerns, staatliche Monopolisierung von Öl, Tabak, Zucker, Alkohol und Streichhölzern, ferner Verstaatlichung der Banken und eine schrittweise Sozialisierung des Kredits.

GROVE teilte zu diesem Programm noch mit, daß unmittelbar keine Schritte zur Enteignung des ausländischen Besitzes unternommen werden sollten. Die ausländischen Schulden würden bezahlt werden.

Das Programm enthält ernsthafte sozialistische Vorschläge; ihm fehlt leider völlig die Berücksichtigung internationaler Gesichtspunkte. Dies und die starke Beteiligung militärischer Führer legen die Vermutung nahe, daß die sozialistischen Ansätze in Nationalsozialismus untergehen.

Zurück ins 17. Jahrhundert!

Volkswirtschaftliche „Aufklärung“ im Dienst der Reaktion.

„Hand in Hand für deutsche Ware! Für Deutschlands Aufstieg aus eigener Kraft!“ So heißt es auf dem Titelblatt einer kleinen in Massen verbreiteten Broschüre, die in der „Schriftenreihe des volkswirtschaftlichen Aufklärungsdienstes“ erschienen ist.

„Wenn dä Pott äwer en Loch hat, lieber Heinrich?“

Die Schrift klärt den Leser darüber auf, daß der große wirtschaftliche Behälter, der „unsere“ Wirtschaft umschließt, ein Loch hat: „Die Einfuhr entbehrlicher Waren! Durch dieses Loch fließt ein großer Teil unseres Volksvermögens und Volkseinkommens ins Ausland ab.“ — „Stopf es zu!“ ist die Parole der „Aufklärungs“-Schrift.

Wissen die Verfasser, Dr. PAULSEN und Dr. SIEMON, wirklich nicht, daß die Wareneinfuhr letzten Endes bezahlt wird mit einer Ausfuhr von Waren, — daß also in Wahrheit nicht ein Abfluß von Vermögen oder Einkommen, sondern nur ein Austausch von Waren stattfindet? Das Volksvermögen und Volkseinkommen wird nicht verkleinert, wenn Waren eingeführt werden, das Volksvermögen würde vielmehr gerade dann verkleinert, wenn die betreffende Volkswirtschaft darauf eingestellt würde, möglichst nur Waren des eigenen Landes zu verbrauchen. Denn dabei kommt heraus, daß zum Beispiel in Deutschland an Stelle des billigen überseeischen Getreides teures deutsches Getreide verbraucht wird und daß infolgedessen die Kaufkraft für andere Waren beschnitten wird.

Für die deutschen Großgrundbesitzer!

Die volkswirtschaftlichen „Aufklärer“ raten denn auch einige Seiten später ihren Lesern tatsächlich: „Wenn aber einmal die Auslandsware tatsächlich billiger und besser sein sollte, dann soll eine Hausfrau, die mit jedem Pfennig rechnen muß, sie getrost kaufen.“ Sie hat dann aber die Pflicht, an den Volkswirtschaftlichen Aufklärungsdienst... zu schreiben und ihn auf diesen Mißstand aufmerksam zu machen.“

Nun gut! Das deutsche Getreide ist durchschnittlich zwei- bis dreimal so teuer wie das überseeische. Der „Volkswirtschaftliche Aufklärungsdienst“ würde sich um die deutsche Arbeiterschaft verdient machen, wenn er sie von dem teuren deutschen Getreide samt den deutschen Großgrundbesitzern befreien würde. Abhilfe kann hier allerdings nur geschaffen werden durch weitgehende Zerschlagung des deutschen Grundeigentums.

Aber mit dieser Forderung kommen wir bei den Verfassern der vorliegenden Broschüre sicher an die falsche Adresse: „Auf großen Teilen des deutschen Bodens wächst kein Weizen, sondern nur Roggen. Der Roggenbrotesser stärkt daher die Kaufkraft eines sehr großen Teiles der deutschen Landwirtschaft und damit die deutsche Wirtschaft!“

Daß der Käufer des deutschen Roggenbrotes nicht die deutsche Wirtschaft stärkt, sondern die deutschen Großgrundbesitzer am Leben erhält und damit die deutschen Arbeiter und Bauern schädigt, haben wir im „Funken“ schon unzählige Male nachgewiesen.

Lüge statt Aufklärung.

„Eine deutsche Arbeiterfamilie wird für ein Jahr arbeitslos durch Einfuhr von ausländischen Industriewaren im Werte von etwa 6000 Mark. Bereits eine Einfuhr von etwa 2500 Mark ausländischer Nahrungsmittel macht eine Landarbeiterfamilie auf ein Jahr arbeitslos.“ — „Der Schutz der eigenen Arbeit gilt auf der ganzen Welt als das selbstverständliche Recht eines jeden Volkes.“

Das fast erreichte Vorbild: das 17. und 18. Jahrhundert.

Die gegenwärtige Wirtschaftspolitik mit ihrem ausgeklügelten System von Staatseingriffen erinnert lebhaft an die Wirtschaft der europäischen Staaten im 17. und 18. Jahrhundert. Die damalige Wirtschaftspolitik, der sogenannte Merkantilismus, stand der gegenwärtigen in bezug auf Schutzzölle, Einfuhrverbote, Ausfuhrbegünstigungen und Subventionen um nichts nach.

Die seit Anfang des 17. Jahrhunderts sich entwickelnden absolutistischen Staaten (England, Frankreich, Portugal, Spanien) und die nach dem Dreißigjährigen Krieg entstehenden deutschen Staaten ließen sich bei ihrer Wirtschaftspolitik in der Hauptsache von zwei Anschauungen leiten: 1. Das Geld ist von ausschlaggebender Bedeutung für Wohlstand und Reichtum der Völker. 2. Das wichtigste Mittel, Geld ins Land hereinzubringen, ist eine aktive Handelsbilanz (Ausfuhrüberschuß). Diese beiden Behauptungen zusammengenommen bilden im wesentlichen die theoretische Begründung der merkantilistischen Wirtschaftspolitik.

Ohne an dieser Stelle zu untersuchen, ob die merkantilistische Auffassung von Reichtum und der Möglichkeit, sich Reichtum zu verschaffen, richtig ist, wollen wir hier schildern, wie die praktische Anwendung der merkantilistischen Leitsätze aussah.

Die damaligen Regierungen waren daran interessiert, den Handel, vor allem den auswärtigen Handel, zu heben; denn nur er konnte Gold ins Land bringen. Ein Land kann einen lebhaften Handel vor allem dann betreiben, wenn es eine gedeihende Industrie hat. So stellten sich die Regenten die Aufgabe, die Industrien („Manufakturen“) zu fördern. Dazu wurden weitgehende Eingriffe in das Wirtschaftsleben vorgenommen.

Zum Schutze einheimischer Industrien und zur Sicherung einer aktiven Handelsbilanz war es zum Beispiel in England verboten, fremde Wollwaren, Seide, Vieh und gesalzenes Fleisch einzuführen. Auf Getreideeinfuhr waren hohe

Als ob zur Herstellung von Exportwaren (der Gegenleistung für die Einfuhr) nicht ebenfalls deutsche Arbeiter beschäftigt werden!

Schluß mit der Handelspolitik gegen den Handel!

Ganz sorglos sind die „Kauft-deutsche-Waren“-Propagandisten offenbar nicht. Sie stellen sich die Frage: „Wird die deutsche Ausfuhr geschädigt, wenn wir öffentlich in Deutschland für deutsche Ware werben?“ Und sie antworten ihren kaltgestellten ausländischen Lieferanten: „Unser Recht (Schutz der eigenen Arbeit, B.) wird zur Pflicht! In Young-Plan, 5. Kapitel, Abs. 43, wird von Deutschland ausdrücklich verlangt, Einschränkung der Einfuhr neben einer Ausdehnung unserer Ausfuhr.“

Ein Fünkchen Einsicht ist allerdings sogar bei ihnen noch zu finden: „Ein vollkommener Boykott aller Auslandsware wäre... wegen der zu erwartenden Vergeltungsmaßnahmen des Auslandes für uns nachteilig.“

Leider hat die bisherige deutsche Handelspolitik schon genügt, um große Kreise ehemaliger Lieferanten Deutschlands zu verärgern und den Handelskrieg zu verschärfen. Es wäre endlich an der Zeit, mit der bisherigen deutschen Handelspolitik Schluß zu machen und statt der Einfuhr die wirtschaftsschädigende Tätigkeit solcher Herren wie Dr. PAULSEN, Dr. SIEMON und Genossen einzuschränken!

Helene Beyer.

Zurück zum Naturaltausch!

Badereisen gegen Gemüse und Obst.

Die Tschechoslowakei will zur Hebung des Besuches ihrer Kurorte und Heilbäder bei der Ungarischen Nationalbank den Antrag stellen, 5 Millionen Kronen freizugeben für diejenigen, die durch ärztliches Attest nachweisen, daß sie zur Kur die tschechischen Bäder besuchen müssen. Als Gegenleistung würde die Tschechoslowakei für denselben Betrag Saisonartikel einführen, zum Beispiel Gemüse, Obst und einige Milchprodukte, so daß auf diese Weise die Summe wieder der Ungarischen Nationalbank zurückerstattet würde.

Sowjet-Union — Uruguay.

Um den von den amerikanischen und anderen Petroleumtrusts diktierten Preis für Benzin und Petroleum, der nach Ansicht der uruguayischen Regierung zu hoch ist, zu drücken, hat die Staatsverwaltung für Brennstoffe, Alkohol und Zement einen Kontrakt mit der russischen „Yuyamorg“ abgeschlossen, der die Lieferung von 20 000 Tonnen Benzin und 10 000 Tonnen Petroleum vorsieht. Der Kaufpreis soll von der „Yuyamorg“ zum Ankauf und zur Ausfuhr uruguayischer Landesprodukte verwendet werden.

Organisierter Naturaltausch.

Die Außenhandelsstelle für Sachsen und Thüringen ist von dortigen Industrie- und Handelskammern beauftragt worden, interessierte Firmen ihres Wirtschaftsgebietes zu unterstützen bei der Anbahnung direkter Warenaustausch- und Clearing-(Verrechnungs-)Geschäfte mit dem Ausland.

Zerreißung der Weltwirtschaft.

Devisenbewirtschaftung in Holland: In Holland wurde das Ermächtigungsgesetz angenommen, auf Grund dessen die holländische Regierung ohne besondere Verträge den Devisenverkehr mit einzelnen Ländern gesetzlich regeln darf. Wir berichteten bereits in Nr. 126, daß sich Holland mit diesem Gesetz vor allen eine Handhabe gegen die deutsche Butterzollpolitik schaffen will.

Holland verlängert die Einfuhrkontingentierung für Porzellan, sanitäres Porzellan, Wandsteine und Fahrradreifen bis zum 1. Februar 1933. Und zwar dürfen in der Zeit vom 1. März 1932 bis zum 1. Februar 1933 nur 60 Prozent der Waren eingeführt werden, die während der gleichen Monate im Durchschnitt der Jahre 1928, 1929 und 1930 eingeführt worden sind.

Schweizer Maßnahmen gegen französische Handelspolitik: Nachdem Frankreich unter anderen auch die Schweizer Importe nach Frankreich mit einem besonderen Einfuhrzoll belegt hat und Verhandlungen darüber zwischen den beiden Ländern ergebnislos verlaufen sind, hat der Schweizer Bundesrat beschlossen, eine größere Anzahl französischer Waren bei ihrer Einfuhr in die Schweiz mit einem Zollzuschlag zu belegen. Die Einnahmen sollen den Schweizer Exporteuren zu Gute kommen in Form einer Rückerstattung der von Frankreich erhobenen Einfuhrzölle.

Italienische Devisenbeschränkungen gegen Deutschland? In Italien sind Vorbereitungen im Gange, um die deutsche Einfuhr — wahrscheinlich durch Devisenbestimmungen — zu beschränken für den Fall, daß Deutschland keine Zugeständnisse für den italienischen Frucht- und Gemüseexport macht, der Anfang Juni einsetzen wird.

Staatliches Einfuhrmonopol für landwirtschaftliche Produkte in der Tschechoslowakei? Das tschechische Landwirtschaftsministerium hat einen Gesetzentwurf über die Regelung der Einfuhr von Getreide, Mehl, Mahlerzeugnissen, Vieh, Fleisch, Fett, Speck

und Butter ausgearbeitet. Die Einfuhr dieser Produkte soll ausschließliches Recht des Staates sein. Die Einfuhrbewilligungen werden von dem bereits bestehenden Getreideausschuß und durch Vermittlung eines zwischenministeriellen Ausschusses für die Einfuhr von Vieh und Fleisch erteilt. Für die Einfuhrbewilligungen haben die Importfirmen eine Gebühr zu bezahlen, die die Regierung zum Teil verwenden soll „zur Regulierung des Angebots von Inlandwaren“. Die Regierungsverordnung bietet die Möglichkeit, daß Handelsgesellschaften gegründet werden — gegebenenfalls unter Kapitalbeteiligung des Staates —, die das ausschließliche Recht zur Einfuhr der genannten Waren erhalten.

Einfuhrbeschränkung in Luxemburg: Die luxemburgische Regierung macht die Einfuhr von frischem Fleisch, Schweinen, Schafen, Ziegen und Lederschuhen von einer besonderen Erlaubnis abhängig. Sie kommt damit von allem den Vorurteilen der luxemburgischen Landwirtschaft nach.

Ermächtigung für Zollserhöhungen in Norwegen: Der Staatsrat hat beschlossen: Der König darf während der Parlamentsferien das Kabinett ermächtigen, die bestehenden Zollerhöhen zu erhöhen, wenn die Umstände das nötig machen. Die Tarife dürfen vervierfacht (!) werden; für zollfreie Waren soll gegebenenfalls ein fünfzigprozentiger Wertzoll eingeführt werden.

Kupferzollkrieg: Die Annahme des USA-Kupferzolls im Senat hat Kanada, Peru, Chile und Mexiko zu Gegenmaßnahmen veranlaßt. Peru, Chile und Mexiko verhandeln bereits miteinander über gemeinsame Abwehrmaßnahmen. Die Einführung des USA-Kupferzolls würde zur Folge haben, daß 10 000 bis 12 000 peruanische Grubenarbeiter entlassen werden müßten und daß wahrscheinlich der Betrieb der mittelperuanischen Eisenbahn stillgelegt werden müßte. Auch Kanada begründet seine Gegenmaßnahmen damit, daß der kanadische Bergbau aufs schwerste getroffen würde.

Zölle gelegt. In den Kolonien durften keine Industrieeröffnungen vorgenommen werden, die Auswanderung gelernter Arbeiter war unter Strafe gestellt, — beides, um das Aufkommen von Konkurrenz im Auslande zu hemmen!

Im Jahre 1651 verordnete CROMWELL in der sogenannten Navigationsakte (dem Schifffahrtsgesetz), daß die Einfuhr kolonialer Waren nur noch auf englischen Schiffen mit englischer Besatzung erlaubt sei. Europäische Waren durften nur auf englischen Schiffen oder auf Schiffen des Ursprungslandes nach England geliefert werden. (Eine schwere Schädigung der Holländer war die Folge!) Die Küstenschifffahrt und der Handel nach den englischen Kolonien und Pflanzungen wurde nur den einheimischen Schiffen gestattet. Fische und Fischprodukte durften nur eingeführt werden, wenn sie auf englischen Schiffen gefangen und zubereitet waren.

Aehnlich sah die Wirtschaftspolitik Frankreichs aus. Dort war es vor allen der Generalkontrollleur der Finanzen, COLBERT, der in den Jahren 1661 bis 1683 eine Umengung von staatlichen Maßnahmen durchführte. Er setzte Exportprämien fest, erbaute eine Reihe von Musterfabriken und stattete die Ostindische und Levantinische Kompanie (eine Außenhandelsgesellschaft) mit besonderen Vorrechten aus.

ADAM SMITH schreibt über diese Zeit unter anderem: „Durch seinen Tarif von 1667 hatte er (COLBERT) eine große Zahl fremder Fabriken mit sehr hohen Einfuhrzöllen belegt; und als er es den Holländern abschlug, sie zu ihren Gunsten zu ermäßigen, verboten diese die Einfuhr französischer Weine, Branntweine und Fabrikate. Der Krieg von 1672 scheint zum Teil aus diesen Handelsstreitigkeiten entstanden zu sein, und der Friede von Nimwegen machte ihnen im Jahre 1678 ein Ende, indem einige jener Zölle zu Gunsten der Holländer ermäßigt wurden, die danach ihr Verbot wieder aufhoben.“

Etwas um dieselbe Zeit begannen die Franzosen und Engländer einer des anderen Industrie durch ähnliche Zölle und Verbote gegenseitig zu belästigen, wobei die Franzosen jedoch mit dem Beispiel vorangegangen zu sein scheinen. Der Geist der Feindseligkeiten, der seitdem zwischen den beiden

Völkern bestand, hat sie bis jetzt verhindert, mit Maß zu verfahren. Im Jahre 1697 verbot England die Einfuhr flandrischer Spitzen, worauf Spanien, dem die flandrischen Provinzen damals gehörten, die Einfuhr englischer Wollwaren untersagte.“

Das nach Macht strebende Preußen ahmte England und Frankreich in bezug auf Staatseingriffe in die Wirtschaft nach. Den Manufakturen wurde Steuerfreiheit und staatliche Unterstützung gewährt. Zur Hebung der Lederindustrie verbot FRIEDRICH WILHELM I. das Tragen von Holzpantinen. Um den Absatz bunter Wollstoffe zu fördern, wurde allzu langes Trauern untersagt. FRIEDRICH WILHELM II. führte eine Kontrolle darüber ein, daß jeder Haushalt ein bestimmtes Quantum Salz verbräuche. Um die einheimischen Manufakturen im Auslande konkurrenzfähig zu machen, wurde von staatlicher Seite Kinderarbeit begünstigt und wurden unerträglich niedrige Löhne geduldet. Zur Beschaffung billiger Arbeitskräfte (und zur Vergrößerung des Heeres) wurden Auswanderungsverbote erlassen.

Der Staat richtete selber Betriebe ein. Aus jener Zeit stammen die staatlichen Porzellanmanufakturen. Die Einwilligung für eine Heirat oder für die Errichtung einer Handlung wurde häufig erkauf mit der Entnahme von Waren aus der staatlichen Porzellanindustrie.

Auch an Zöllen, Ein- und Ausfuhrverboten, fehlte es in Preußen und den deutschen Kleinstaaten nicht. Hier nur einige Beispiele: Noch um 1801 bildete fast jede preußische Provinz eine Zolleinheit für sich. Ueber 2000 Gegenstände unterlagen der Verzollung. Außer Preußen gab es noch über 300 Fürsten und sonstige Regierende in Deutschland, die ihre Gebiete gegenseitig als Zollausland betrachteten. Dem Auslandsreisenden wurde häufig vorgeschrieben, wieviel Gold er mitnehmen durfte. In Preußen wurde die Wollausfuhr mit Erhängen bestraft. In Hessen stand auf den Genüß von Bohnenkaffee Gefängnisstrafe.

Der Leser dieses kurzen geschichtlichen Ueberblickes wird an vielen Stellen bemerkt haben, daß wir dem 17. Jahrhundert nicht mehr fern sind. — Reaktion bedeutet eben: Rückwärtsentwicklung

Bey.

Der FUNKKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr nach Vereinbarung Platz- und Datenvorschriften ohne Anzeigenpreise Verhältnißlichkeit. Redaktion und Verlag: Berlin S 14 Inselstr. 8a Fernruf: P 7. Jannowitz 5909. Postcheckkonto Berlin Nr 8046 (Internationale Verlagsanstalt O m b H.).

NUMMER 132 A

BERLIN • Mittwoch, den 8. Juni 1932

1 JAHRGANG

Mobilmachung gegen die Nationalisten!

Die Kriegserklärung der Arbeiterschaft. / Nieder mit Papen und seinen Hintermännern!

W—er. Der Reichspräsident hat durch Verordnung vom 6. Juni den Termin für die Neuwahl des Reichstags auf den 31. Juli festgesetzt.

Um dieselbe Zeit war vor 18 Jahren Deutschland auf dem Höchstmaß nationalistischer Verblödung angelangt, so daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, damals die einzige parlamentarische Vertretung der Arbeiterschaft, durch den Mund ihres Vorsitzenden verkünden konnte:

„Jetzt stehen wir vor der ehernen Tatsache des Krieges. ...“

Unsere heißen Wünsche begleiten unsere zu den Fahnen gerufenen Brüder ohne Unterschied der Partei.

(Lebhaftes allseitiges Bravo und Händeklatschen.) ...

Für unser Volk und seine freiheitliche Zukunft steht bei einem Sieg des russischen Despotismus, der sich mit dem Blute der Besten des eigenen Volkes befleckt hat,

(Lebhaftes Rufe: Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Wir werden nicht alles auf dem Spiel. ...

Da machen wir wahr, was wir immer betont haben: Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich.

(Lebhaftes Bravo.)

Es geht im Grunde darum, diese nationalistischen Gefühle aus den Herzen und den Gedankengängen der Menschen, insbesondere der sozialistischen Genossen, zu verbannen; denn — wie wir oft an vielen Beispielen nachgewiesen haben — kaum eine Gruppe der Menschen ist völlig frei von diesem menschenfressenden Laster.

Im Kampf gegen den Nationalismus, vor allem gegen die nationalistische Geisteshaltung ist von kaum einer Partei wirklich etwas unternommen worden. Die nationalistischen Exzesse führender Sozialdemokraten, wie EBERTS, dem Neubeleber des „Deutschland“-Liedes, wie SCHÖPFLINS, der „lieber zehnmal mit Herrn GROENER gehen wollte als einmal mit Herrn STÖCKER“, wie des besonders komisch anmutenden Nationalisten ERNST HEILMANN, der den Nationalsozialisten jetzt zeigen will, „wie man eine nationale Opposition macht“, sind Zeichen einer geradezu trostlosen Geistesverfassung. Die Kommunistische Partei hatte ursprünglich für solche verrückten Gedankengänge in ihren Reihen keine Vertreter. Die Traditionen LIEBKNECHTS und LUXEMBURGS wirkten hier noch eine Weile fort. Aber schon seit dem sogenannten passiven Widerstand an der Ruhr ist sie in diesen Fragen unsicher geworden, und von RADEK, der „die Sache der Nation zu der des Volkes“ machen wollte und die „des Volkes zu der der Nation“, bis zu SCHERINGER, der frank und frei „nach Westen“ marschieren will, sind dann alle Spielarten mangelnder internationaler Gesinnung auch bei der KP aufgetreten. Daß auch sie ein Programm der „nationalen Befreiung“ hat, versteht sich von selber.

Die Wahl am 31. Juli muß für die Arbeiterschaft ein ausdrückliches Bekenntnis gegen den Nationalismus sein.

Dazu fordert schon rein äußerlich der Termin auf. Es wäre eine würdige Haltung der Arbeiterschaft, gerade an diesem Tage den kriegslustigen Gruppen des deutschen Volkes, der Schwerindustrie und den Großgrundbesitzern mit ihren boahnten Bürgerkriegshorden, zunächst mit dem Stimmzettel zu erklären, daß sie unerwünscht seien. Selbstverständlich genügt eine solche Absage durchaus nicht. Wenn diese Leute Gefühl für Anstand und Würde hätten, hätten sie längst vor Scham Selbstmord begangen.

Leider aber sind noch nicht einmal für die bloße parlamentarische Absage an die „Elite“ der Ausbeutergesellschaft die Bedingungen erfüllt: Die natürlichen und grammatischen Gegner dieser skrupellosen Clique ziehen es vorläufig noch immer vor, statt gegen diese gegen einander zu kämpfen.

Der bisherige Erfolg dieses Verhaltens ist gewesen, daß die nationalsozialistischen Fraktionen der Landtage und des Reichstages sich ständig vergrößert haben; es ist sogar ziemlich sicher, daß infolge der Verzweiflungstimmung, die bei der bisherigen unverantwortlichen Haltung der Führung der großen Arbeitergruppen verständlich ist, viele Arbeiter, die früher SP und KP gewählt haben, in jüngster Zeit NS gewählt oder sich an der Wahl überhaupt nicht mehr beteiligt haben.

Nicht einmal diese unbestreitbare Tatsache hat die Führung der Arbeiterschaft veranlaßt, Einkehr zu halten. Man

kann nicht ohne ein Gefühl tiefer Beschämung lesen, wie jeder mit einem Wust von faulen Ausreden und Verdrehungskunststücken sich bemüht, nachzuweisen, daß gerade seine Politik richtig war und die der andern falsch. Man muß gelesen haben, wie der „Vorwärts“ trotz der eindeutigen Niederlage der Arbeiterschaft in Mecklenburg-Schwerin die Frechheit aufbringt, zu behaupten, die SPD haben sich gut gehalten. Man muß gelesen haben, wie auf der Bezirks-Konferenz der Berliner Sozialdemokraten sowohl BREITSCHIED als auch HEILMANN an positiven Vorschlägen für den Kampf gegen den Faschismus nichts neues, aber auch rein gar nichts vorzubringen wußten, wie z. B. HEILMANN erklärt: „Wir werden einen frischen Kampf gegen die Reaktion führen“ und wie der Sekretär der II. Internationale, FRIEDRICH ADLER, erklärt,

er sei nur gekommen, um zu lernen.

Zu diesem ganzen Brei schreibt der „Vorwärts“, daß den Abend besonders ausgezeichnet hätten zwei Beschlüsse: „einmal der Verzicht auf eine Diskussion der Referate, der gegen wenige Dutzend Stimmen beschlossen wurde, und vor allem die mit allen gegen 6 Stimmen getroffene Entscheidung, daß die bisherigen Kandidatenlisten vom Herbst

Was kann die Arbeiterschaft an Vorbereitungen für das Gelingen der Wahl tun?

Es kommt bei dieser Wahl zunächst darauf an, der Spitze der herrschenden Klasse, die seit 1918 niemals so provokatorisch aufgetreten ist wie die PAPPEN-Regierung, so eindrucksvoll wie möglich das Mißtrauen der gesamten Arbeiterschaft anzusprechen. Mehr kann dieser Wahlkampf sicher nicht bringen; aber dies müßte er bringen. Damit die Willenserklärung des deutschen Proletariats eindrucksvoll wird, muß sie sich ausgesprochen gegen diese Regierung und die hinter ihr stehenden engeren Kreise richten. Keine Wahlkumgebung irgend einer Arbeiterpartei dürfte sich in diesen Wochen gegen eine andere Arbeiterpartei richten. Ja es bliebe sogar, wenn man den allergrößten Elan aus der Arbeiterschaft für den parlamentarischen Sturz der Regierung herausholen will, das wahrhaft revolutionäre Mittel der Aufstellung gemeinsamer Listen aller Arbeitergruppen, sagen wir: von der Kommunistischen Partei bis vielleicht zu den christlichen Gewerkschaften. Es kommt uns hier noch nicht darauf an, im einzelnen genau die Schritte zu erörtern, die für eine solche Aktion gegangen werden müßten. Es kommt uns hier darauf an, die verantwortlichen Führer der Arbeiterklasse darauf hinzuweisen, daß hier eine große Gelegenheit ist für die gesamte werktätige Bevölkerung, gemeinsame Feinde entscheidend zu schlagen. Man komme nicht mit dem Einwand, daß ja wohl „die anderen“ es nicht wollen würden. Es gibt keinen Arbeiter, der das reaktionäre Kabinett PAPPEN nicht mit allen Mitteln stürzen möchte, und wir sind überzeugt, daß es keinen Arbeiter gibt, dem man die Notwendigkeit der parlamentarischen Einheitsfront für diesen Akt nicht klarmachen könnte. Die Arbeiterschaft hat für ungleich unwichtigere, geradezu lebensfeindliche Aktionen gewonnen werden können, wie sollte es unmöglich sein, sie für diese einschbare, dem allgemeinen Interesse und dem persönlichen Interesse jedes Arbeiters dienende Aktion zu gewinnen?

Insbesondere verfährt hier nicht der naheliegende Einwand, daß man doch nicht gemeinsame Listen aufzustellen brauchte; denn die einzelnen Parteien könnten ja im Reichstag immer noch gemeinsame Aktionen gegen die Regierung unternehmen. Natürlich können sie das! Was aber trotzdem für unseren Vorschlag spricht, das ist die Tatsache, daß diese Oppositionsgruppen viel stärker werden, wenn sie gemeinsame Listen aufstellen, als wenn sie jede für sich auf-treten, denn viele Menschen gehen überhaupt nicht wählen, wenn sich ihnen für das gleiche Ziel etwa fünf bis sechs oder noch mehr Gruppen anbieten. Die unselbige Spaltung der Arbeiterschaft in verschiedene Gruppen und Grüppchen, die zudem noch in den meisten Fällen genau das gleiche wollen und deren Spaltung oft nur eine Haarspalterei ist, hat verursacht, daß ein großer Teil, und zwar nicht der schlechte-

AUS DEM INHALT:

Agrarier überall über alles.
Der Kampf mit der Gegenrevolution.
Krisenfieber in den USA.
Sozialistische Bildungsarbeit.
Gefahrenquellen der deutschen Wirtschaft.

1930 unverändert für den neuen Wahlkampf übernommen werden.“

Das ist in der Tat kennzeichnend, auch für die Arbeiterschaft. Ueber die Weisheit ihrer Führer nicht mehr zu diskutieren und das, was bisher gemacht worden ist, unverändert weiterzumachen.

Es fällt schwer, in dieser Zeit einen Vorschlag zur Besonnenheit zu machen. Trotzdem haben wir nicht das Recht, ihn zu unterlassen.

sten Arbeiter den Mut und die Neigung zu politischer Arbeit verloren hat. Diese Genossen holt nichts mehr aus ihrer Verzweiflung und Dumpfheit heraus als die Gewißheit, daß ihr Kampf sich gegen ihre Feinde richtet und nicht dem jahrelangen Frosch-Mäuse-Krieg einer „Führerschaft“, die ihr Prestige und ihre parteiegoistischen Zwecke mit dem des Sozialismus trichter oder boshafter Weise gleichsetzt.

Wir sind an einem Punkt der Arbeiterbewegung angekommen, wo deren Funktionäre sich sagen müssen, daß es für alle Nichtfaschisten um Sein oder Nichtsein geht. Wer jetzt nicht den Mut hat, auf alte auswendig gelernte Formeln zu verzichten, wer jetzt nicht begreift, daß ohne den schnellen Sieg der Arbeiterschaft über die bereitstehenden Mörderbanden des Faschismus der Sozialismus für absehbare Zeit zu einer bloßen Utopie herabsinkt, der taugt für die Funktion eines Arbeiterführers nicht, aber dem bleibt auch, wenn er nicht Neigung zum Selbstmord hat, nichts weiter übrig, als selber Faschist zu werden. Wer das nicht will, und soviel Selbstachtung trauen wir den Arbeiterführern selbstverständlich zu, und wer nicht freiwillig sich den Mördern in die Finger liefern will, und soviel Lebensfreude trauen wir den Arbeiterführern ebenfalls zu, der muß schon im eigenen und wohlverstandenen Interesse sich entschließen, die Front gegen den Faschismus so aufzustellen, wie wir das hier angeregt haben.

Wir werden selbstverständlich über diese erste Anregung hinaus Vorschläge konkreterer Art zu machen suchen.

Wir bitten alle, die unseren Vorschlägen im Prinzip zustimmen, uns dies mitzuteilen, und ferner darüber hinaus uns zu unterstützen bei der Werbung für diesen Gedanken im Betrieb, auf den Arbeitsämtern und in den Organisationen der Arbeiterschaft, wo sie nur immer Zugang haben.

Brüning gegen Papen.

Die Mitglieder der ehemaligen Regierung BRÜNING haben sich in einer Erklärung gegen die Regierungserklärung PAPPENS gewandt, weil diese einen Versuch darstelle, „die Verantwortlichkeit zu verschieben“. Es ist das erste Mal, daß eine zurückgetretene deutsche Regierung sich zu einer solchen Berichtigung genötigt gesehen hat.

Man kann BRÜNINGs Entrüstung darüber, daß gerade er und seine Kollegen in diese Lage gekommen sind, verstehen; er, der sich so ins Zeug gelegt hat für die Wiederwahl HINDENBURGS, ist jetzt gerade durch ihn in diese Lage gebracht worden.

Wir schreiben zum ersten Präsidentenwahltag im „Funke“ über HINDENBURG: „Gerade weil Pflichtgefühl

ihm wirklich keine Phrase ist, kann von ihm für die wissenschaftlich geklärten Ideale der Freiheit, der Gleichheit und der Brüderlichkeit, des Sozialismus, nichts erwartet werden.“ Denn: HINDENBURG hält für seine Pflicht, was Milieu, Tradition, Gewohnheit und ungeklärte Gefühle ihm darüber vermittelt haben.“

Dieses Urteil ist durch BRÜNING'S neuestes Schicksal bestätigt worden: selbst von BRÜNING, der ihm nahe gestanden haben soll, hat HINDENBURG sich getrennt, als es seinen engeren Klassenengenossen, deren Ideale auch die HINDENBURGS sind, gelungen war, ihm die Ueberzeugung beizubringen, daß die Ideale BRÜNING'S andere sind. Da ließ er ihn fallen. —

Es wird BRÜNING nicht schwer, die Unterstellung der PAPAN-Regierung zu entkräften, er habe finanzielle „Reformen über schwache Ansätze nicht hinausgeführt und das staatliche Leben nicht an die Armut der Nation angepaßt“. Die Anpassung an die Armut ist jedenfalls deutlich spürbar geworden. BRÜNING führt in seiner Gegenerklärung eine Zahl an: Während seiner Regierungsperiode sind die Aufwendungen von Reich, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen um mehr als sechs Millionen M gedrosselt worden, trotz Aufwendung von Hunderten von Millionen für die Sanierung von Banken, Industriewerken, Schiffahrtsgesellschaften und Genossenschaften in Handwerk und Landwirtschaft.

Zu der Fassung, in der ursprünglich die Erklärung BRÜNING'S an die Presseagenturen gegeben worden war, sind nachher Korrekturen gemeldet worden, durch die aus der ursprünglichen Fassung alle die Stellen ausgemerzt wurden, die wenn auch indirekt, einen Angriff gegen HINDENBURG enthielten. BRÜNING erleichtert sich jedoch das wirkungsvolle Eintreten für den von ihm für notwendig gehaltenen Siedlungsplan nicht, wenn er darauf verzichtet, klar auszusprechen, an wem der Plan gescheitert ist. Das tat die ursprüngliche Fassung, während die korrigierte an der fraglichen Stelle nur die Platttheit enthält: „Durch das Scheitern dieser Pläne ist der Ablauf des Sanierungswerkes in einem entscheidenden Augenblick jäh unterbrochen worden.“ Daß gerade die den Siedlungsplan betreffende Stelle der Erklärung korrigiert wird, zeigt übrigens nochmal, welche Rolle dieser Plan bei der Kabinettskrise gespielt hat.

Auch in der gemilderten Fassung der BRÜNING-Erklärung bleibt gegen die PAPAN-Regierung der Vorwurf der Verdunkelung sachlich erhalten; BRÜNING stellt wörtlich die Frage: „Was ist Wahrheit?“ und kommt auf Grund der genannten und anderer Daten zu dem Schluß: „Diese Tatsachen sprechen mit unerbittlicher Klarheit gegen die Behauptungen der neuen Regierung.“

Der erste Fortschritt in Genf — das Ende der technischen Ausschüsse.

In dem auf amerikanischen Wunsch eingesetzten sogenannten Effektiv-Ausschuß der Abrüstungskonferenz sind so weitgehende Meinungsverschiedenheiten zutage getreten, daß der Ausschuß beschlossen hat, in einem Brief an den Präsidenten des Hauptausschusses, HENDERSON, eine Klärung der offenen Gegensätze durch den Hauptausschuß zu verlangen.

Der Effektiv-Ausschuß war beauftragt worden, den Begriff der militärischen „Ist-Stärke“ zu bestimmen, um so eine Vergleichsgrundlage für die Heeresstärke der einzelnen Länder schaffen zu können. In den wochenlangen Verhandlungen dieses Ausschusses ergab sich jedoch, daß über eine Reihe grundsätzlicher Fragen, wie z. B. der vormilitärischen Ausbildung, der Berechnung der in der Militärverwaltung tätigen Zivilpersonen und andere Fragen, keine Einigung erzielt werden konnte. Die Verhandlungen müssen daher vorläufig abgebrochen werden.

Hoffentlich kommen auch die übrigen technischen Ausschüsse bald zu der Einsicht, daß es offenbar leichter ist, Angriffswaffen zu handhaben, als ihren Begriff zu bestimmen. Denn eine solche sokratische Erschütterung der definitionsfreudigen Völkerbundsmitglieder könnte unter Umständen zu der weiteren Einsicht führen, daß es nun endlich an der Zeit ist, die Handhabung der Angriffswaffen zu verhindern, statt ihre Definition „neu anzuspitzen“.

Ob diese Erschütterung eintritt, ist allerdings fraglich. Die technischen Ausschüsse werden voraussichtlich ihre Arbeiten in dieser Woche „abschließen“. Das Resultat ist gleich Null, aber Ansätze dazu, daß der Hauptausschuß aus dieser Tatsache Konsequenzen zieht, liegen bisher nicht vor.

Das „isolierte“ Frankreich.

Die „Times“ meldet, daß HERRIOT Wert darauf lege, möglichst bald mit MACDONALD in persönliche Berührung zu kommen. Es sei daher sehr wahrscheinlich, daß MACDONALD auf seinem Wege nach der Schweiz seine Reise in Paris unterbrechen werde, um HERRIOT zu treffen. Das englische Kabinett werde sich im Laufe dieser Woche mit der Arbeit befassen, die auf der Abrüstungs-, der Lausanner-, der Ottawaer- und der Weltkrisenkonferenz zu leisten sein werde. In Ministerkreisen sei man der Ansicht, daß die Abhaltung der Weltkrisenkonferenz vor Ottawa Schwierigkeiten bereiten werde.

Die erste unmittelbare außenpolitische Fühlungnahme des neuen französischen Ministerpräsidenten ist also, nach England gerichtet, und zwar wird sie sich — das ist bei der bevorstehenden Lausanner Konferenz klar — auf die Reparationsfrage beziehen, die in erster Linie eine deutsch-französische Angelegenheit ist und die nur dann wirklich bereinigt werden kann, wenn Deutschland und Frankreich zu einer ernsthaften Verständigung bereit sind. Für diese Verständigung ist England ein sehr ungeeigneter Vermittler, schon aus dem Grunde, weil es selber viel zu sehr daran interessiert ist, von den politischen Konflikten zwischen seinen beiden hauptsächlichsten europäischen Konkurrenten zu profitieren.

Unter diesen Umständen ist der Besuch MACDONALD'S in Paris, der auf den ausdrücklichen Wunsch HERRIOT'S stattfindet, kein gutes Vorzeichen für Lausanne. An der Stelle von MACDONALD hätte ein deutscher Staatsmann zur Fühlungnahme mit HERRIOT nach Paris fahren sollen.

Aber man braucht diesen Gedanken nur auszusprechen, um einzusehen, daß es irrsinnig wäre, so etwas zu erwarten. Daß es aber so irrsinnig ist, dafür liegt die Schuld nicht bei HERRIOT.

Denn welcher deutsche Staatsmann, der heute in der deutschen Außenpolitik ein entscheidendes Wort zu sprechen hat, käme in Frage.

durch einen persönlichen Besuch bei dem neuen französischen Ministerpräsidenten und Außenminister den Krampf der deutsch-französischen Beziehungen ein wenig zu lösen? Die deutsche Reaktion hat es sich selber zuzuschreiben, wenn das für die deutsche Außenpolitik verhängnisvolle deutsch-französische Treffen die notwendige deutsch-französische Verständigung wieder hinauschiebt.

Die politische Bedeutung des Besuchs MACDONALD'S bei HERRIOT tritt noch klarer hervor, wenn man hört, daß HERRIOT sich vor der Abfassung seiner Regierungserklärung, die sich ausführlich mit außenpolitischen Fragen beschäftigen wird, mit dem englischen Botschafter in Paris und dem eigens

hierfür nach Paris gekommenen französischen Botschafter Londons verständigt hat. — Bei der sehr erregten Stimmung, die die englische Presse seit der deutschen Regierungserklärung Deutschland gegenüber beherrscht, bedeuten diese deutsch-französische Besprechungen keine gute Vorbereitung für Lausanne.

Regierungserklärung in Frankreich.

h Paris, 7. Juni.

Die Regierungserklärung, die HERRIOT am Dienstag nachmittag gegen vier Uhr vor der Kammer vorlesen wird, ist in erster Linie den großen außenpolitischen Fragen gewidmet und in ihrem Ton gemäßigt, aber entschlossen gehalten. In der Abrüstungsfrage stützt sie sich auf die Rede, die der neue Kriegsminister PAUL BONCOUR am 15. Mai vor den ehemaligen Kriegsteilnehmern in Dijon hielt, und in deren Verlauf er die fortgesetzte kontrollierte Abrüstung verteidigte. Im Zusammenhang mit der bevorstehenden Lausanner Konferenz, wie überhaupt in der Frage der Reparationen, wird die Notwendigkeit unterstrichen, die unterzeichneten Verträge zu achten. In der Innenpolitik ist der Einheitsschule ein besonderer Raum gewidmet, doch hat sich die neue Regierung wohl gehütet, irgend eine rechtsstehende Gruppe dabei herauszufordern oder zu kränken. Zur Behebung der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit wird eine Reihe von Plänen angegeben, die dazu dienen sollen, die Finanz- und Haushaltslage durch solche Maßnahmen zu stabilisieren, die die nationale Wirtschaft am wenigsten belasten. Die neue Regierung kündigt außerdem eine allgemeine Amnestie für politische Vergehen an.

Die französische Linke zur deutschen Regierungserklärung.

Die Montag-Blätter der Radikalsocialisten und Sozialisten bringen noch ausführliche Stellungnahmen zur deutschen Regierungserklärung. Die „Ere Nouvelle“, das Blatt HERRIOT'S, erklärt, daß kein Zweifel mehr darüber bestehen könne, daß das Deutsche Reich mit der Regierung von PAPAN an der Spitze das alte imperialistische Gesicht von 1914 wieder angenommen habe. Diese Feststellung könne französischerseits nicht ohne eine gewisse Beunruhigung gemacht werden. Es sei erstaunlich, mit welcher Schnelligkeit die Männer des alten Regimes wieder auf dem Plan erschienen seien. Selbst die Regierungserklärung rufe alte bedauerliche Erinnerungen wach. Der sozialistische „Populaire“ stellt fest, daß die Regierungserklärung von PAPAN'S vollkommen den Kundgebungen des ehemaligen deutschen Kaisers ähnele.

Agrarier sabotieren einen Handelsvertrag.

Aus Prag melden die Blätter, daß die tschechischen Agrarier durch ihr energisches Auftreten den vor dem Abschluß stehenden ungarisch-tschechoslowakischen Handelsvertrag in letzter Minute vereitelt haben. Durch diesen Handelsvertrag sollte dem seit etwa eineinhalb Jahren andauernden Zollkrieg ein Ende gemacht werden. Die tschechischen Agrarier, die stets einer ungarisch-tschechoslowakischen Handelsverständigung im Wege standen, drohten dem Minister des Außen, BENESCH, mit dem Austritt aus der Regierungskoalition, worauf BENESCH nachgab und erklärte, daß es zur Zeit unmöglich sei, den Handelsvertrag abzuschließen. In Budapest hat diese Nachricht peinliches Aufsehen erregt, da man der Ueberzeugung ist, daß die Beendigung des Zollkrieges beiden Staaten zum Vorteil gereicht hätte.

Die Aufhebung des Zollkrieges hätte gewiß dem wirtschaftlichen Leben beider Länder einen Auftrieb geben können. Aber diese Feststellung genügt zur Empfehlung einer Maßnahme leider dann nicht, wenn innerhalb des Wirtschaftslebens eine der herrschenden Gruppen geschädigt wird.

Die Boykottierung des Handelsvertrages mit Ungarn entspricht durchaus der kühlen Haltung, die BENESCH seinerzeit

— offenbar ebenfalls auf agrarischen Befehl — den Donauplänen gegenüber einnahm. Die Tschechoslowaken, die einen großen Teil der früheren österreich-ungarischen Industrie übernommen hat, ist auf eine Ausfuhr von Industriewaren angewiesen. Die dafür zunächst in Frage kommenden Donauländer haben seit einigen Jahren immer weniger Waren aus der Tschechoslowakei aufgenommen. Sie wurden ja ihre Agrarprodukte dort auch nicht mehr los! Die tschechoslowakischen Agrarier fürchteten eben die ihnen überlegene Konkurrenz der alten agrarischen Länder und zwangen daher lieber ihre Industrie, sich ihren Absatzmarkt in den Uebersceeländern zu suchen.

Die deutsche Delegation für Lausanne setzt sich zusammen aus: PAPAN, NEURATH, SCHWERIN, KROSIGK, WARBOLD, BÜLOW, TRENDELENBURG. Unter Umständen ernannt man Dr. LUTHER als Sachverständigen mit

Der vom Völkerbundsrat eingesetzte Finanzausschuß, der jetzt in Paris tagt, wird seine Arbeiten am Mittwoch in Genf fortsetzen. Ueber den bisherigen Verlauf seiner Tätigkeit ist in diesem Zusammenhang nichts mitgeteilt worden.



PORGY.

Ein Neger-Roman von du Boss Heyward.

(Deutsche Rechte: Th. Knorr Nachfolger, Verlag, Berlin.)

(40. Fortsetzung.)

Vielen bedeutete die Szene, die nun auf der oberen Stadthausstraße folgte, eine außerordentlich humoristische Episode, die immer wieder erzählt, der Schlaglichter aufgesetzt und die künstlich ausgeschmückt wurde. Für die, in deren Augen der Neger an sich schon eine komische Figur ist, fehlte ja auch kein einziges der üblichen, in ihrer Wirkung wohlherprobten Bühnenrequisiten.

Schließlich — was konnte es auch Spaßhafteres geben, als ein völlig ernstgemeintes Wettrennen zwischen einem Neger in einem klapprigen Ziegenbockkarren und dem blitzenden, neuen Polizeiwagen der Stadtbehörde, der, voll mit Beamten besetzt, seine Glocke bimmeln ließ, damit die Menge sein Nahen höre! . . .

Das Finish fand in der Nähe der Eisenbahnschuppen und der Fabriken statt, wo die Straßen von Arbeitern wimmelten, die rauchend an den Mauern lehnten oder, ihr Frühstück verzehrend, auf dem Rand der Bordschwelle saßen. Das waren die Logenplätze für das Ereignis, und sie wurden beim Weitererzählen immer genau beschrieben.

Die Straßenbahnwagen verkehren nur selten in dieser abgelegenen Gegend, so daß Porgy fast die ganze Fahrbahn für sich allein hatte. Sein Gesicht, das einen fast wahn-sinnigen Ausdruck hatte, zuckte fast mitleidregend. In

seiner Angst kniff er das unglückliche Tier ohne Erbarmen in den Schwanz.

Die Frühstückenden am Rand des Pflasters sahen ihn von weitem kommen und riefen ihre mehr zurückstehenden Freunde heran, so daß, als er ankam, ihn dröhnendes Gelächter und witzige Zurufe begrüßten.

Dann tauchte der Polizeiwagen auf, nur ein Punkt in der Ferne, der aber durch das Läuten der Glocke sein Herannahen schon ankündigte. In riesiger Schnelligkeit wurde er größer, aber nur, bis er die johlende Menge erreicht hatte. Jetzt schien es nämlich, als ob sogar die gesetzten Schützer der Ordnung nicht ohne einen gewissen Sinn für Humor seien, denn das Fahrzeug verlangsamte plötzlich seine Geschwindigkeit und verlängerte so gewissermaßen die Spannung des Endkampfes.

Porgy hatte schon die hohen Gebäude hinter sich gelassen, und vor ihm lagen nur noch verstreut die niedrigen Hütten des Arbeiterviertels, hinter denen, trügerisch wie der verheißene Himmel der Weißen, die ferne Linie der Wälder im rosa Nebeldunst des schönen Herbsttages schimmerte.

Jetzt machte der Polizeiwagen einen Vorstoß, sauste rasselnd heran und hielt plötzlich. Die Beamten sprangen ab und hoben unter dem brüllenden Gelächter der Menge Karren, Ziegenbock und Mann auf den Wagen hinauf. Der Kutscher zog am Pferd die Zügel straff, warf den Wagen mit einem dramatischen Schwung, der der Galerie nicht entging, herum und fuhr klirrend und schaukelnd in die Richtung zurück, aus der er gekommen war.

Porgy war nach vorn gefallen, mit ausgestreckten Armen lag er auf dem Rücken des Ziegenbocks, in dessen zottiges, übelduftendes Fell er sein Gesicht vergrub.

Die Arbeiter auf den Bürgersteigen schrien Beifall und tobten vor Freude — für sie war das ein großer Tag gewesen. Eine Gelegenheit, so zu lachen, würden sie so bald nicht wieder haben! . . .

Als der Wagen in der unteren Stadt ankam, war die Verhandlung schon vorüber. Man hatte sich einfach einen

anderen Zeugen, der Crown identifizieren konnte, besorgt, und die Jury hatte dann die Sache kurz abgemacht, indem sie festgestellt, daß Crown's Tod die Folge einer Verletzung in der Brust gewesen, die von einer oder mehreren Personen herrührte.

Porgy war sofort ins Polizeigefängnis eingeliefert worden, wo er als „Angeklagt wegen Mißachtung einer gerichtlichen Anordnung“ in die Liste eingetragen und eingesperrt wurde, um am nächsten Morgen dem Richter vorgeführt zu werden.

Unter der summenden Gasflamme warf dann der Polizeirichter einen müden Blick auf Porgy, legte die Spitzen seiner schlanken Finger aneinander, diktierte ihm, jedes Wort endlos dehnend, fünf Tage Haft und sah sich den nächsten Neger, der auf der morgendlichen Liste stand, an.

Man hob die ganze Ausstattung der Komödie, Ziegenbock und Karren, wieder auf den Polizeiwagen, um nach dem Gefängnis zu fahren, und bereitete den Gaffern auf der Straße abermals einen vergnügten Tag.

Ein großer Schutzmann, der mit gerötetem Gesicht hinten auf dem Wagen saß, sagte auf der Fahrt verwundert zu Porgy:

„Du übertriffst tatsächlich alles, was ich bisher erlebt habe! Erst jagst du davon, als ob der Teufel hinter dir her wäre, weil du Zeuge sein sollst, und dann gehst du ins Gefängnis mit einem Gesicht, strahlend wie ein Sonntagmorgen!“

An einem schönen, frischen Oktobermorgen kehrte Porgy nach Hause zurück. Nur wenige von seinen Bekannten waren anwesend, denn es gab jetzt reichlich zu tun, und die, die im Tagelohn arbeiteten, waren schon fortgegangen. Er fuhr durch den Eingang, ließ seinen Ziegenbock kurz halten und sah sich um.

Serena saß mit einem Klud im Arm auf ihrer Waschbank. Porgy betrachtete sie lange — eine bange Frage dümmerte in seinen Augen auf. Jetzt drohte ihm das Kind das Gesicht zu — und sein Verdacht bestätigte sich ihm: das Kleine war sein — sein und Bess' Kind!

(Schluß folgt.)

Angestelltenversicherung im Jahre 1931.

Eine aufschlußreiche und erschreckende Bilanz.

W. E. Der Ansturm der Unternehmer und ihrer jetzigen Regierung richtet sich mehr und mehr auch gegen sozialpolitische Einrichtungen des Staates, die dem Arbeitnehmer bei eintretender Arbeitsunfähigkeit infolge Krankheit oder Alter ein in der Regel sehr bescheidenes Einkommen gewähren. Deshalb sollte gerade jetzt die Arbeitnehmerschaft die Vorgänge im Bereich der Sozialversicherung aufmerksam verfolgen und beobachten.

Die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte veröffentlichte vor kurzem ihren Geschäftsbericht für das Jahr 1931, der wichtige und interessante Aufschlüsse über die Lage und Entwicklung der Rentenversicherung gibt.

Ende 1931 betrug die Zahl der laufenden Renten 268 245 (1930: 226 366). Hierfür waren monatlich 16 636 120 Mark (14 083 730 Mark) zu zahlen, davon rund 12 Millionen Mark für Ruhegelder und 4,6 Millionen Mark für Hinterbliebenenrenten. Die durchschnittliche monatliche Rentenhöhe betrug am 31. Dezember 1931 für Ruhegeld (Invalidenrente) ohne Kinderzuschüsse 82,25 Mark, für Witwenrente 49,17 Mark, für Waisenrente 40,94 Mark.

Die Angestelltenversicherung zahlt nicht nur Renten, sie treibt auch Gesundheitsfürsorge und leistet u. a. noch folgendes:

Im Jahre 1931 wurden 77 900 Anträge auf ständige Heilverfahren (Unterbringung von Kranken und Genesenden in Heilanstalten, Sanatorien, Bädern) gestellt, von denen rund 62 Prozent bewilligt wurden. Es wurden Zuschüsse geleistet bei Zahnersatz und Beschaffung künstlicher Glieder; Maßnahmen gegen Tuberkulose und Geschlechtskrankheiten werden unterstützt ebenso die Trinkerfürsorge. Für die Gesundheitsfürsorge wurden im Jahre 1931 fast 29 Millionen Mark ausgegeben.

40 997 weibliche Versicherte (1930: 33 601), die — insbesondere infolge Heirat — aus der Versicherungspflicht auscheiden, erhielten insgesamt 9 487 918 Mark (6 811 567 Mark) ausgezahlt; das sind im Durchschnitt 266,61 Mark (210,13 Mark) für jeden ausscheidenden Versicherten.

Im Durchschnitt des Jahres 1930 sind monatlich von 3 134 091 Versicherten Beiträge entrichtet worden. Die Beiträge verteilen sich wie folgt:

Beitrags-Klasse	Monatsgehalt von m:hr als bis	Es betrug der Anteil der Klassen in Prozenten a) der Beitragszahler vom 1.4.30 bis 31.3.31			1.4.29 bis 31.3.30			1.4.28 bis 31.3.29		
		A	— 50 M	13,02	13,01	15,45	16,04	14,81	15,16	29,91
B	50 M 100 M	18,91	18,96	18,99	10,91	11,13	10,52	5,77	5,87	5,76
C	100 M 200 M	2,52	2,41	1,13	2,25	2,06	1,07	0,33	0,29	0,13
D	200 M 300 M	0,34	0,33	0,19	—	—	—	—	—	—
E	300 M 400 M	—	—	—	—	—	—	—	—	—
F	400 M 500 M	—	—	—	—	—	—	—	—	—
G	500 M 600 M	—	—	—	—	—	—	—	—	—
H	600 M —	—	—	—	—	—	—	—	—	—
I*)	— —	—	—	—	—	—	—	—	—	—
K*)	— —	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Aus dieser Tabelle, die als Einkommensstatistik gelten kann, ist ersichtlich, daß der weitaus größte Teil der Angestellten ein Monatsinkommen von weniger als 200 Mark hat, und zwar sind es 1928/29 = 62,21 Proz., 1929/30 = 58,95 Proz., 1930/31 = 58,97 Proz., die weniger als 200 Mark Einkommen haben. Während des Kalenderjahres 1931 betrug der Anteil der Beiträge für die mit dem Monatseinkommen unter 200 M liegenden Klassen A—C in den verschiedenen Vierteljahrsabschnitten 60,14 Proz., 60,62 Proz., 61,07 Proz., 63,09 Prozent. Die Verhältniszahlen zeigen das Absinken der Angestelltenlöhne in die unteren Lohnklassen, das Anfang 1930 begonnen hat.

Die Zahl der beitragsleistenden versicherten Personen wurde am 1. Januar 1930 auf insgesamt 3 419 290 (1928: 3 419 290) geschätzt; davon waren 1 966 139 männliche und 1 453 151 weibliche Versicherte. In dem von den Jahresberichten der Reichsversicherungsanstalt gemeldeten Versichertenbestand spiegelt sich die Arbeitslosigkeit der Angestellten nicht deutlich wider, weil die Anstalt seit ihrem Bestehen eifrig bemüht ist, aus der Arbeiterinvalidenversicherung Versicherte in die Versicherungszuständigkeit der Angestelltenversicherung herüberzuholen. Dies wie überhaupt die Sonderexistenz der Angestelltenversicherung schädigt die Pensionsversicherung der Arbeiter außerordentlich.

Ueber das Verhältnis der Geschlechter geben folgende Zahlen Auskunft:

Anteil der	am 1. 1. 1930	im Jahre 1928	1913
männlichen Versicherten	57,50	59,43	69,39
weiblichen Versicherten	42,50	40,57	30,61

Das Gesamtvermögen der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte betrug Ende 1931 rund 2 Milliarden Mark. Es wurden angelegt in Wertpapieren: 475 Millionen Mark, in Darlehen: 680 Millionen Mark, in Hypotheken: 750 Millionen Mark, in eigenem Grundbesitz: 16 Millionen Mark. Für Förderung der Bauwirtschaft sind von der Anstalt jetzt im ganzen 750 Millionen Mark ausgeliehen worden. An gemeinnützige Bauvereinigungen wurden Hypothekendarlehen gewährt:

	im Jahre	1931	1930
für (Anzahl der Wohnungen)		17 181	16 317
Gesamtneuanlage in Millionen Mark		128	184

Zur Art der Vermögensanlage bei der Reichsversicherungsanstalt ist zu sagen, daß sie sich ganz in der von uns so oft kritisierten Linie der deutschen Wirtschaftspolitik bewegt. Die Verwendung des sich auf 2 Milliarden Mark belaufenden Vermögens dieses heute noch gut gestellten Versicherungsträgers spielt in der Wirtschaft natürlich eine große Rolle. Der jetzt noch jährlich auftretende Vermögenszuwachs der Anstalt (1931 = 260 Millionen Mark) könnte sehr gut in den Dienst der Bekämpfung der Wirtschaftskrise gestellt werden, indem man diese jährlichen Überschüsse stärker als bisher der Bauwirtschaft und der bäuerlichen Siedlung gegen entsprechende Sicherheit zur Verfügung stellt. Stattdessen hat das Direktorium, das die Entwicklung der Finanzlage der eigenen Anstalt wie der Wirtschaftslage überhaupt voraussehen konnte, sich noch 1930 verpflichtet, für 247 Millionen Mark Vorzugsaktien der Deutschen Reichsbahn zu übernehmen, während für landwirtschaftliche Neubauten seit 1912 nur 165 Millionen Mark, also knapp 1/3 des gesamten Anstaltsvermögens angelegt worden sind.

Die Rücklage für laufende Versicherungsleistungen hat sich auf rund 1,9 Milliarden Mark erhöht. Gegen das Vorjahr sind der Rücklage rund 53 Millionen Mark weniger zugeführt worden. Sie erreicht nach dem Bericht der Reichsversicherungsanstalt weitaus nicht die versicherungstechnisch für die Anwartschaften erforderliche Höhe.

Zusammenfassend kann heute über die Lage der Angestelltenversicherung gesagt werden: Wenn nicht eine Wiederbelebung der Wirtschaft kommt, dann wird die Angestelltenversicherung in längstens 2 Jahren da sein, wo die Invalidenversicherung der Arbeiter heute schon ist. Sie wird ihre Ausgaben nicht mehr durch Einnahmen und auch nicht mehr durch die Flüssigmachung von Vermögenswerten decken können.

Andrang der weiblichen Jugend zu den Angestelltenberufen.

M. H. Nach der Statistik der Berufsberatung für 1930/31, die vor kurzem erschienen ist, wird der Andrang der jungen Mädchen zu den Angestelltenberufen immer größer. Von 178 000 Mädchen, die zur Berufsberatung kamen, wünschten 65 000 einen Angestelltenberuf zu ergreifen; das ist die weit-aus größte Gruppe; die nächstgrößte, häusliche Dienste, umfaßt nur 30 000. 37 Prozent der ratsuchenden Mädchen wollten

also Angestellte werden; 1925/26 waren es nur 27 Prozent; 1926/27 29 Prozent; 1927/28 33 Prozent; von da an 37 Prozent. Die tatsächlichen Vermittlungen von Stellen sind dagegen zurückgegangen; so von 1929/30 zu 1930/31 von 36 Prozent auf 30 Prozent der gewünschten Stellen. Für das Jahr 1931/32 wird ein weiterer Rückgang der vermittelten Stellen bei weiter steigendem Andrang zu verzeichnen sein, obwohl im Jahre 1932 nur noch 308 000 Mädchen das 15. Lebensjahr vollenden — während es 1927 noch 612 000 waren! Die Wirtschaftskrise hat die vorhandenen Stellen immer mehr verringert, während gerade zu den Angestelltenberufen Mädchen aus allen Schichten besonders angezogen werden. Die Folge ist steigende Erwerbslosigkeit auch unter den jungen weiblichen Angestellten, und steigende Ausbeutung gerade dieser jungen Kräfte durch den Unternehmer.

Finanznot der Landgemeinden.

Eine gerechte Forderung.

Hk. Mehr als die Hälfte der deutschen Bevölkerung, nämlich 32,5 Millionen Menschen, wohnt in Landgemeinden. Von den Ausgaben der Landgemeinden beruhen etwa 90 Prozent auf gesetzlich festgelegten Verpflichtungen, z. B. Ausgaben für Wohlfahrt und Schulen. Die Möglichkeit, ihren Haushalt von der Ausgabenseite her in Ordnung zu bringen, ist also für die Landgemeinden sehr beschränkt. Wie steht es mit den Einnahmen? Der Anteil der Gemeinden an der Einkommen- und Körperschaftsteuer ist mit dem Gesamtaufkommen aus diesen Steuern stark zurückgegangen. Einen Ueberblick über den Rückgang des Gesamtaufkommens geben folgende Zahlen über die Einnahmen des Reichs aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer: sie betragen 1931 nur noch 63 Prozent der entsprechenden Einnahmen im Jahre 1928, und für 1932/33 rechnet man nur noch mit 39 Prozent der Einnahmen, die Einkommen- und Körperschaftsteuer im Jahre 1928 lieferten.

Der Deutsche Landgemeindetag hat nun unter anderem eine gerechtere Verteilung der Reichssteuerrücküberweisungen an die Gemeinden verlangt. Bisher werden diese Rücküberweisungen, roh gesehen, von einigen Korrekturen abgesehen, im Verhältnis der Summen verteilt, die von den Gemeinden aus gewissen Steuern aufgebracht werden, so daß also unter Umständen gerade einer armen Gemeinde mit vielen Wohlfahrtsverwerbslosen ein geringerer Betrag vom Reich rücküberwiesen wird, als einer wohlhabenderen Gemeinde mit einer geringeren Zahl Wohlfahrtsverwerbsloser — gemäß dem biblischen Satz: „Wer hat, dem wird gegeben!“ Der Deutsche Landgemeindetag verlangt, daß in Zukunft die Verteilung der Reichssteuerrücküberweisungen zur Hälfte nach der Einwohnerzahl geschieht, zur anderen Hälfte nach der Zahl der schulpflichtigen und jüngeren Kinder in den einzelnen Gemeinden — zweifellos eine gerechte Forderung, die allerdings nach dem ausgesprochenen Programm der „nationalen Konzentration“ im Reichskabinett keine Aussicht auf Erfüllung hat. Denn die PAPEN-Regierung tut ja die Forderung, für einen gerechten Ausgleich der Lasten sorgen zu sollen, mit der Ausflucht ab, der Staat sei keine Wohlfahrtsanstalt.

Welche Chancen hätten hier bei einer klaren Einheitsfrontpolitik die beiden großen Arbeiterparteien! Gerade die Landbevölkerung, die Haupt-Gefolgschaft der NS, könnten sie durch den Kampf für die berechtigten Interessen der Landgemeinden an die Seite der Arbeiterschaft bringen.

Ein schweres Hagelwetter zerstörte die Getreide- und Heuernte und entlaubte die Bäume im Mangfallgau (Inntal).

Zwei Tote und zehn Schwerverletzte sind das Resultat der Fahrt eines mit Matrosen besetzten Lastwagens der Kraftfahrtruppe. Der Wagen fuhr in der Gegend von Minden so heftig gegen einen Baum, daß sämtliche Insassen auf Straße und Aecker geschleudert wurden.

In Eureka im Staate Kalifornien (USA) ereignete sich nachts um 1 Uhr ein Erdbeben, durch das eine große Anzahl von Häusern teilweise zum Einsturz gebracht wurde. Eine Frau wurde hierbei getötet, mehrere Personen wurden schwer verletzt.

Erwerbslosen-„Siedlung“.

Unweit Hamburgs liegt die Ortschaft Osdorf. Seit einigen Jahren hat sich dieses Dorf stark vergrößert. Im Volksmund sagt man auch nicht mehr Osdorf, sondern Kistendorf. Woher dieser Name stammt, ist nicht schwer zu erraten. Auf einem großen Gelände, fast nur Heide und Sandboden, stehen kleine Häuser und Hütten. Billige und einfache Wochenendhäuser sind oft noch vornehm im Vergleich zu vielen dieser Wohnstätten. Viele Häuser sind aus Kistenholz erbaut. Es ist ja auch das billigste Holz. Zum Bauen eines Hauses wurden z. B. 500 Fischkisten benötigt. Eine Kiste kostete 30 Pf. Man sagte mir, diese Holzhäuser sollten später als Stallungen dienen, wenn man genügend Geld hätte, „massiv“ zu bauen.

Zu jedem dieser Häuser gehört ein Stück Land, etwa so groß wie ein Schrebergarten, 850 bis 1500 qm. Der Quadratmeter kostet jährlich 3 und 3/4 Pf. Pacht. „Wir sparen dadurch die teure Wohnungsmiete in der Stadt.“ Andere Gründe für die „Flucht aus der Stadt“ konnte ich nicht erfahren. Bis jetzt wohnen auf diesem Gelände etwa 600 Familien. Fast alle sind erwerbslos und schon lange Wohlfahrtsempfänger. Die geringe Unterstützung wird zum Teil noch zum Ausbau und zur Verbesserung der Häuser verwendet. Auch zur Züchtung von Gänsen, Hühnern und Schweinen.

Tageszeitungen werden kaum gehalten. Manche lesen „Die Grüne Post“. Einige „Hausbesitzer“ haben Radio. Doch auch an den Betriebskosten für Radio wird gespart. „Wir hören nur noch das Notwendigste.“

Die Kinder dieser „Siedler“ haben einen weiten Weg zur Schule. Er beträgt für viele bis zu 1/4 Stunden.

Auf diesem Gelände ist ein ewiges Klopfen, Hämmern und Sägen, zeitweilig unterbrochen vom Geschrei der Haustiere.

„Gefällt es Ihnen hier, oder möchten Sie lieber in der Stadt wohnen?“ Langsam und ohne ein Zeichen von Hoffnung in ihrer Antwort sagten sie mir: „Im Sommer ist es hier ganz schön, doch wenn wir Arbeit und Geld hätten, würden wir lieber in der Stadt wohnen, aber...“

Rudolf Schmidt.

Der Dank des Vaterlandes.

„Familie GROTH aus Wallenrod, heimatlos, arbeitslos.“

Dieses Plakat steckte an einem Zelt aus alten Säcken, das sich eine Familie in der Nähe unseres Dorfes aufgeschlagen hatte. Die Familie, ein Mann, eine Frau, zwei Kinder im Alter von sieben und acht Jahren und ein kluger Hund, wandert seit zwei Jahren Sommer und Winter auf der Landstraße. Der Mann stammt aus Wallenrod in Oberhessen. Er hat den ganzen Krieg an der Front mitgemacht, ist wiederholt verwundet worden. Nach dem Kriege ist er ins Elsaß gegangen, wo er ein Mädchen hatte, das er heiratete. Sie hatten eine kleine Landwirtschaft, die sich ordentlich anließ. Alles wäre gut gegangen, wenn die hohe Politik nicht in ihr Leben eingegriffen hätte. Der Mann wird eines Tages vor die Frage gestellt, Franzose zu werden. Aber er hat auf deutscher Seite gekämpft, seine deutschen Verwandten ermuntern ihn, in die Heimat zurückzukommen. Er geht also mit seiner Familie nach Deutschland, obgleich er seinen Besitz im Stich lassen muß. Im Dorf erfährt der Ahnungslose, daß er inzwischen sein Heimatrecht verloren hat. Seine Mutter kann ihn nicht aufnehmen, da sie selber nur eine armselige Mietwohnung hat. Er hat kein Geld, um sich neu anzusiedeln. Mit Frau und Kindern wird er also von Gendarmen ausgewiesen. Denn ist er länger als drei Tage an einem Ort, muß die betreffende Gemeinde für die Familie sorgen, falls ihr etwas zustoßt.

Nun geht ein rastloses Wanderleben an, die ganze Habe bei sich auf zwei alten, klapprigen Handwagen. Ueberall bieten der Mann und die Frau ihre Arbeitskraft an. Beteil liegt ihnen nicht. Sie möchten verdienen, so viel verdienen, daß sie sich ein Stückchen Land zum Siedeln pachten können, damit die Kinder unter einem warmen Dach aufwachsen. Im Sommer nimmt sie mancher Bauer gern, denn sie schuften übermenschlich, weil sie hoffen, der Bauer behält sie. Aber nach drei Tagen sind Ortspolizei und Gendarm unerbittlich zur Stelle und treiben sie aus der Gemeinde.

Immer wieder befehlen Gendarmen dem Mann, das „aufreizende“ Plakat von seinem Zelt zu entfernen. Er wehrt sich dagegen: „Denn es sagt die Wahrheit, und die soll heraus!“ Die Gendarmen ziehen den Kürzeren in diesem Fall. Denn sperren sie den Mann ein, fällt seine Familie der betreffenden Gemeinde zur Last.

Unortrüglich sind die Winter für die Heimatlosen gewesen. Da waren manchmal die Kartoffeln und die Hände so erfroren, daß nicht einmal eine warme Suppe gekocht werden konnte. Warum sie nicht in Herbergen unterzukommen versuchen? Die nehmen nur Männer! Wäre der Mann allein, hätte er überhaupt Gelegenheit genug, zu arbeiten. Aber mit einer Familie will sich keine Gemeinde heutzutage belasten.

Eines Abends hat der Mann verzweifelt den Karren ins Wasser geworfen. Am nächsten Morgen hat er ihn wieder herausgeholt, repariert und sich wieder ins Joch gespannt. Die meisten Menschen haben Mitleid mit den Kindern, geben ihnen, sogar die Gendarmen sind freundlich. Aber er haßt ihr Mitleid aus tiefster Seele. Er will sein Recht auf Arbeit durchsetzen. Er wendet sich immer wieder an die Behörden. Aber bisher hat niemand dort ein Interesse gehabt, diesen Einzelfall besonders zu regeln. Wie sollte auch ein Einzelner allein ankommen gegen die Macht des kapitalistischen Systems? „Leeres Wort, des Armen Rechte, leeres Wort, des Reichen Pflicht!“

„Die Gewerkschaften werden jeder Aufgabe gewachsen sein.“

Die „Gewerkschaftszeitung“ zum Regierungswechsel.

„Den unmittelbaren Anlaß zu dieser Wendung gaben, heißt es, die vom Kabinett vorbereiteten Notverordnungen, in denen auch die Möglichkeit der Enteignung nicht mehr sanierungsfähigen Großgrundbesitzes zum Zwecke der Gewinnung von Siedlungsland vorgesehen war. Dazu habe der Reichspräsident seine Zustimmung nicht geben wollen. In Wahrheit erfolgte der Rücktritt des Kabinetts nach dem Versuch des Kanzlers, mit dem Reichspräsidenten zu einer Verständigung über den politischen Kurs zu gelangen, der bis Lausanne zu steuern und nach der Konferenz auf einigermaßen weite Sicht einzuhalten wäre. Diese Verständigung war nicht möglich. Als leitendes Motiv für die Entlassung des Kabinetts mußte somit der Wille des Reichspräsidenten angesehen werden, den Kurs zu verlassen, der durch den Namen BRÜNING gekennzeichnet war, und einen anderen einzuschlagen.“

... Erkennbar ist nur die Richtung des neuen Kurses. Und sie weist scharf nach rechts.

... Die Gewerkschaften haben weder zur Freude noch zur Trauer Anlaß. Sie standen mit der Regierung BRÜNING nicht im Bunde. Sie haben die Politik der Duldung dieses Kabinetts durch die SPD gebilligt, weil sie diese Politik als notwendige Folgerung aus dem Zwang der Lage anerkannten, die aus der Bedrohung des republikanischen Reiches durch den Faschismus entstanden war. Aber sie haben dennoch der Wirtschafts- und Sozialpolitik der alten Regierung stets kritisch, ja ablehnend gegenüber gestanden, sie waren unermüdet bestrebt, dieser Politik durch die entschiedene Vertretung ihrer Forderungen eine andere Richtung zu geben. Und die Gewerkschaften werden ihren Weg unbeirrt fortsetzen. ... Sie haben

die Politik der Duldung BRÜNINGs anerkannt als eine Methode zur Verteidigung der demokratischen und sozialrechtlichen Grundsätze der Weimarer Verfassung. Sie werden zur Wahrung der Rechte und Freiheiten der Arbeiterbewegung andere Methoden wählen, wenn eine Veränderung in der Frontordnung der Gegner einen solchen Wechsel der Kampfmethoden gebietet.

... Wiederholt sich diese Erfahrung (daß Steigerung der politischen Ungewißheit nachteilige Wirkungen für den Arbeitsmarkt und die Staatsfinanzen zur Folge hatte) nun abermals, dann wird damit auch die andere bestätigt, die Erfahrung, daß die Arbeiterschaft inmitten aller Zerfahrenheit (Bankrott der demokratischen Volksstaatspolitik, D. Red.) nur noch einen Halt ihr eigen nennen: ihre Organisationen. (Also Klassenkampfpolitik als letzte Rettung! D. Red.) Dem Wirken dieser Organisationen werden sich neue Schwierigkeiten entgegenfüren. (Einschränkung der politischen Freiheit.) Aber die deutschen Gewerkschaften werden jeder Aufgabe, die ein widriges Schicksal (!) ihnen stellt, gewachsen sein, wenn ihnen der Opfermut, der Tatwille, die Treue und die aus Einsicht geborene Disziplin weiterhin zur Verfügung stehen, die ihre Mitglieder in den schweren Jahren der Krise in so bewundernswürdigem Maße bewiesen haben. Und dessen sind wir gewiß!

Dessen können die Gewerkschaften nur gewiß sein, wenn sie schleunigst alle Vorbereitungen treffen, um den Kampf aufzunehmen und sofort die Vermittlung übernehmen, die eine Verständigung zwischen SP und KP über die Abwehr der faschistischen Reaktion herbeizuführen geeignet ist.

Neue RGO-Politik?

Das Einigende in den Vordergrund stellen!

F. G. Am Sonntag tagte das Reichskomitee der RGO. Das Reichskomitee teilt darüber in der „Roten Fahne“ vom Dienstag mit, daß auf dieser „außerordentlich bedeutsamen Konferenz ... THÄLMANN über neue Methoden der revolutionären Massenarbeit der RGO referierte“.

Es heißt dort: „Als das wichtigste Problem schälte die Tagung des Reichskomitees in voller Uebereinstimmung mit den Ausführungen des Genossen THÄLMANN die Notwendigkeit heraus, eine große, umfassende Oppositionsbewegung neben (!) der RGO zu schaffen durch neue Methoden und durch eine wirklich schnelle strategische Orientierung auf die Betriebe den SPD-Arbeitern, den freigewerkschaftlich und christlich organisierten Proletariern den Weg zur revolutionären Klassenfront nicht weiter zu versperrern, sondern ihnen diesen Weg mit aller uns zu Gebote stehenden Kraft frei zu machen.“

„Es gilt, in unserem Kampfe um die Gewinnung der freigewerkschaftlichen, der SPD- und christlichen Arbeiter und besonders auch der Unorganisierten stets das Einigende, die klassenmäßige Verbundenheit im Kampfe gegen die faschistische Reaktion und ihre aktiven Helfershelfer in den Vordergrund zu stellen. Auf diesem Gebiet liegen jedoch besonders im Kampf an der innergewerkschaftlichen Massenfront, große Versäumnisse vor.“

Auch die vortübergehende stellenweise Isolierung der RGO von der sich stetig steigernden Zahl der Millionenmassen der Erwerbslosen und Kurzarbeiter muß schleunigst überwunden werden. Wir dürfen weiterhin die Unterschätzung der Bedeutung der Betriebsräte nicht dulden; eine konkretere Aufgabenstellung für unsere roten Betriebsräte muß eintreten. Die

neueste ADGB-Taktik auf breiteste Erfassung der Erwerbslosen in ihren Reihen darf von uns nicht nur als Betrug entlarvt werden, sondern wir müssen es erreichen, über diesen Weg den Einfluß der revolutionären Opposition innerhalb der Gewerkschaften mächtig zu fördern. ...

Die Generallinie der RGO war und bleibt richtig; in ihrer Durchführung jedoch muß ein verschärfter Kurs, eine kühne Wendung eintreten; neue Methoden müssen herausgearbeitet werden, um die richtige Generallinie zur Durchführung in der Praxis zu bringen.

Die Reichskomiteetagung beschloß einstimmig eine stärkere Heranziehung von neuen Kräften, sowohl im bezirklichen, wie im zentralen Maßstabe und eine Reorganisation im zentralen Apparat der RGO.“

„Den Weg zur revolutionären Klassenfront nicht weiter versperrern“? So sagt das Reichskomitee. Also ist doch wohl dieser Weg bisher versperrt worden. Dann wären wir gewesen, besonders, wenn man auf Kühnheit der Wendung Wert legt, klar zu sagen, was bisher diesen Weg versperrt hat und wie dieses Hindernis aus dem Wege geräumt werden soll. Nach unserer Meinung ist die ganze RGO-Politik dieses Hindernis. Diesen Klotz aber läßt man auf dem Wege zur Klassenfront liegen, und baut „neben der RGO“ noch einen neuen Klotz auf, in Gestalt einer neuen Oppositionsbewegung — Opposition natürlich gegen die Gewerkschaften.

Trotz der neuen Töne, wie: „nicht weiter versperrern“, „das Einigende in den Vordergrund stellen“, „nicht nur entlarven“ — trotz dieser neuen Töne läßt die Mitteilung des Reichskomitees die notwendige „Kühnheit der Wendung“ vermissen.

Der neue Lohnsenkungskommissar.

h Berlin, 6. Juni.

Amtlich wird mitgeteilt: Der Reichspräsident hat auf Vorschlag des Reichskanzlers den Präsidenten des Reichsversicherungsamts, SCHÄFFER, zum Reichsarbeitsminister ernannt.

SCHÄFFER stammt aus dem württembergischen Verwaltungsdienst und leitete während der Jahre 1922 und 1923, während des Ruhrinbruchs bis zur Aufgabe des passiven Widerstandes, die Finanzen der Firma KRUPP.

Aussperrung bei „Vulkan“ und „Neptun“.

Im Lohnkonflikt auf den Seeschiffswerften hatten die Unternehmerbesitzer den Abbauvorschlag des Schlichters abgelehnt, weil er ihnen nicht weit genug ging; die Arbeitervertreter hingegen lehnten einen weiteren Abbau der bereits äußerst niedrigen Löhne ab. Ein Schiedsspruch kam nicht zustande.

Die Werften in Bremen und Rostock haben dann durch Anschlag bekanntgemacht, daß ab Montag die von ihnen geforderte Lohnkürzung eintrete; wer zu den gekürzten Löhnen nicht arbeiten wolle, sei entlassen.

Die Arbeiter haben mit Zustimmung des DMV das Unternehmerdiktat abgelehnt. Beim „Vulkan“ in Vegesack sind 1000, beim „Neptun“ in Rostock 450 Arbeiter von der Aussperrung betroffen.

Das neue Direktorium in Memel ist gebildet worden, und zwar ausschließlich aus Deutschen. Der Führer der Volkspartei und Syndikus der Memeler Handelskammer, Dr. SCHREIBER, wurde zum Präsidenten des Direktoriums ernannt. Zu Landesdirektoren wurden SZIGAUD (Landwirtschaftspartei) und der Hauptlehrer WALGAHN (Volkspartei) ernannt.

Streikbeschuß in England.

Die infolge der Lohnkündigung der Arbeitgeber veranstaltete Gewerkschaftsabstimmung in den weiterverarbeitenden Betrieben der Lancashire-Baumwollindustrie wurde am Montag abgeschlossen. Die Entscheidung fiel mit 88 000 gegen 53 000 Stimmen zu Gunsten eines Streikes aus. Der Hauptausschuß der nordenglischen Textilgewerkschaften wird in einer Sitzung am kommenden Montag eine endgültige Entscheidung treffen.

Rundfunksendungen,

die wir zur Beachtung empfehlen.

Mittwoch, den 8. Juni.

Berlin:

18.00 Dr. W. POHL: Sozialpolitische Umschau.

Königs wusterhausen:

19.00 Dr. G. E. HEINECKE: Die internationale Bedeutung der Reparationsfrage (vergl. dazu: „Ein kapitalistisches Täuschungsmanöver“ in Nr. 16 vom 20. Januar des „Funkens“).

22.20 Dr. JOSEF RAUSCHER: Politische Zeitungsbesprechung.

19.30 Dr. HASELHOFF: Ueber die Vorschriften im Streitverfahren der Sozialversicherung.

20.45 Hörspiel: „Mörder aus Gerechtigkeit“, alchinesisches Sittenbild. (Auch Berlin).

Wien:

18.30 RICH. FRAENKEL: Wie kann der Dienstnehmer entlassen werden?

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin, Anzeigen: R. Lippmann, Berlin, Verl.: Internation. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 6909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

ISK

7. JAHRGANG 6. HEFT JUNI 1932

INHALT:

WILLI EICHLER:

Das Ende der Demokratie.

*

LEONARD NELSON:

Massenverachtung und Achtung der Masse.

*

FRITZ GROB:

Die Entscheidungsstunde der Gewerkschaften.

*

Zum Nachdenken:

Um ein paar Backpfeifen. Glänzende Pressearbeit der englischen katholischen Glaubensgesellschaft. Neue Anreize zum Tiermord. Die Angleichung der Löhne.

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes. Preis monatl. 20 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe.

Internationale Verlagsanstalt G.m.b.H., Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Ersklassige Madarbeit

Anzüge Herren - Mäntel Damen - Kostüme Tadelloser Sitz

Schönheit MAGDEBURG O.v. Guerickestr. 104, H.r. l. Stoffmuster vorrätlg.

Bürobedarfsartikel.

Reparaturen und Reinigung von Schreibmaschinen.

A. H. Timmermann. Hamburg / Barcstraße 8. Telefon: 25 53 42.

Das Haus der guten Schuhe H. Ebel Berlin N 65, Maxstr. 27 Reinickendorf, Residenzstr. 97/98 Telefon D 6 Wedding 2358 Bei Vorzeig. d. Inserates 5% Rabatt!

Freunde und Leser des „Funkens“!

Unterstützt Euro Zeitung!

Werbt Abonnenten! Sammelt Anzeigen! Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserent!

Werbeprosperkte Zeitungen Zeitschriften

bei billigster Preisberechnung druckt

A. Janiszewski

Buchdrucker und Verlag, GmbH

Berlin SO 36, Elisabethufer 29, Fernruf: Sammelnummer P 1 Moritzplatz 647



MAGDEBURG

Pflanzen-Butter

(vegetabile Margarine) garantiert reine Nuß-Fette Sonder-Angebot: Post-Päckchen 3 Pfd. netto nur 2,20 RM. Frei Haus gegen Voreinsendung auf Postscheck Magdeburg 179 24.

Frischkost-Reformhaus **Ernst Hald, Magdeburg** Otto v. Guerickestraße 104.

BERLIN

KAMERA

Unter den Linden 14 — A 1 Jäger 2987.

Festspiele des Films:

6.-8. Juni: **NJU**

mit Elisabeth Bergner, Emil Jannings, Conrad Veidt, Maria Bard.

Fischinger-Tonfilm „Lichtertanz“.

Anfangszeit: 3, 5, 7 und 9 Uhr.

Die andere Hälfte der Pflicht.

Gedanken zum Briefwechsel zwischen Romain Rolland und Henri Barbusse. Von Arnold Gysin.

46 Seiten. / Geheftet 0,60 M.

Der linke Friedenskongreß in Genf ist auf die Initiative von ROMAIN ROLLAND und HENRI BARBUSSE zurückzuführen. Ein erfreulicher Schritt; um so mehr als sich damit beide Schriftsteller trotz ihrer weltanschaulichen Gegensätze gegen die drohende Kriegsgefahr vereinen. Sie erfüllen nunmehr beide nicht nur die erste Hälfte der Pflicht, die Ungerechtigkeit der herrschenden Ordnung zu enttullen, sondern auch die andere Hälfte der Pflicht, gegen diese Ungerechtigkeit zu kämpfen.

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Postscheckkonto: Berlin 313 42.

Verständigung vor Ottawa.

Der Minister für die Dominien machte am Montag im Unterhaus die aufsehenerregende Mitteilung, daß er am Abend zu Verhandlungen mit der irischen Regierung nach Dublin fahren werde. Die Reise erfolgte auf Grund einer vom irischen Oberkommissar in London überreichten Einladung, in der DE VALERA die englische Regierung zu vorbereitenden Besprechungen über die Schwierigkeiten zwischen beiden Staaten bezüglich der Ottawaer Konferenz aufforderte. THOMAS teilte ferner mit, daß sich DE VALERA bereit erklärt habe, den Besuch der englischen Minister am Freitag zu erwidern und die Verhandlungen in London fortzusetzen. THOMAS machte darauf aufmerksam, daß die Einladung DE VALERAS auf die Feststellung im Unterhaus zurückzuführen sei, daß England mit der irischen Regierung nicht über die Ottawaer Konferenz verhandeln wolle, solange diese ihre starre Haltung in der Freundschaftsfrage einnehme.

Der Kampf mit der Gegenrevolution.

Die ersten Tage der neuen chilenischen Regierung. In Süd-Chile ist eine Gegenrevolution im Gang, die bei einigen Truppen Unterstützung findet.

Die chilenische Regierung hat beschlossen, Sowjetrußland anzuerkennen und die diplomatischen Beziehungen zu ihm aufzunehmen.

Der Finanzminister JUNTA hat ein Moratorium erlassen. Alle chilenischen Banken bleiben bis zum Donnerstag geschlossen.

Die vorläufige Regierung hat den Kongress aufgelöst, da er, wie es in der Begründung heißt, nicht mehr dem Volkswillen entspreche. Weiter hat die Regierung die Freilassung der früher als Rebellen verhafteten Matrosen verfügt.

Wie es heißt, hat die neue Regierung unter der Bevölkerung viele Feinde. Die Presse wird streng zensiert. Aus Protest dagegen besprechen eine Reihe von Zeitungen die Vorgänge in Chile überhaupt nicht. Aerzte, Rechtsanwälte und Kaufleute beabsichtigen angeblich einen Proteststreik. Mönche und Nonnen haben aus Angst vor einer kirchenfeindlichen Gesetzgebung in Privathäusern Zuflucht gesucht.

Die Haupt Sorgen der neuen Regierung liegen aber offenbar nicht in diesen inneren Unruhen, sondern in der Furcht, daß das Ausland der neuen Republik seine Anerkennung versagt. Daher schon im Zusammenhang mit der Regierungserklärung die Feststellung GROVES, daß ausländisches Eigentum nicht enteignet und Schulden an das Ausland bezahlt werden sollten. Der Chef der Regierung, DAVILA, wiederholte diese Zusicherung am Montag noch einmal vor Pressevertretern. Er versicherte dabei, die neue chilenische Regierung sei keine Sowjet-Regierung. Sie solle vielmehr ihre Verfassung der der neuen spanischen Republik angleichen.

Reichskanzler VON PAPEN hat an den Präsidenten des preußischen Landtags, KERRL, ein Schreiben gerichtet, in dem eine frühere Einberufung des preußischen Landtags, als ursprünglich beabsichtigt, empfohlen wird. Der preußische Landtag sollte sich eigentlich erst wieder am 22. Juni versammeln. In dem Schreiben des Reichskanzlers wird auf die Notwendigkeit eines verhandlungsfähigen Kabinetts in Preußen hingewiesen.

Sozialistische Bildungsarbeit Politisches Denken

Bg. „Erziehung zum politischen Denken“, das ist der Titel einer marxistischen Betrachtung von OTTO JENSSEN, die in der „Jungsozialistischen Schriftenreihe“ erschien.

„Die Erziehung zum politischen Denken hat heute eine ganz besondere Bedeutung durch die Erweiterung der Macht des Parlaments.“

So heißt gleich der erste Satz. Solange es noch Menschen gibt, die im Zeitalter der zu Hause sitzenden Parlamentarier von der Erweiterung der Macht des Parlaments sprechen, ist die Notwendigkeit einer Erziehung zum politischen Denken erwiesen.

Handelt JENSSEN dieser Einsicht gemäß? Im Grunde lehnt er schon aus Rücksicht auf seine Theorie jede ernsthafte Erziehung ab. Eine Erziehung, die diesen Namen wirklich verdient, wird verächtlich gemacht als der Versuch, „die Proletarier nach irgendwelchen vorgefaßten Ideen zu modeln“. Nein, JENSSEN will den Menschen nur Kenntnis verschaffen von der „allgemeinen Richtung“ und den Ergebnissen der gesellschaftlichen Entwicklung. Die politische Pädagogik hat die Erfahrungen des Klassenkampfes „in geeigneter Form zu vermitteln, zu bereichern und die proletarischen Kämpfer unserer Tage zu befähigen, mit der Denkmethode des Marxismus die politischen Probleme des Heute zu meistern“. Deutlicher kann der Verzicht auf eine Erziehung, auf Charakterbildung, nicht ausgesprochen werden. Man beschränkt sich darauf, die Menschen zu schulen im politischen Wissen und in der Technik des politischen Handelns.

Es ist gewiß erfreulich, wenn JENSSEN wenigstens für die Methode der Schulung gute Gedanken vorträgt. „Es ist eines der größten Uebel der Bildungsarbeit, daß ... die Schüler dem Lehrer zuhören, aber so schwer zur Diskussion zu bringen sind. Bei der Jugend muß das anders werden. Erst durch die Diskussion wird das Gehörte zum Besitz des Fragenden.“ Es ist wertlos, wenn man sich „jede Woche eine andere ‚Kategorie‘ verschiedener Kalibers holt und die Vorträge mit ‚angestammter Andacht‘ anhört“.

Was aber nützen diese wertvollen Gedanken, wenn JENSSEN sie selber nicht beachtet? Was sollen wir z. B. davon halten, wenn JENSSEN vor den Jenaer Freidenkern einen Vortrag hält über „Freidenkertum und Faschismus“, der mit Fremdwörtern so gespickt ist, daß nachher trotz mehrfacher Aufforderung eine ersprießliche Diskussion nicht zustande kommt? Welchen Sinn sollte es haben, wenn JENSSEN in diesem Vortrag auch von der „dialektischen Theologie“ sprach, ohne zu sagen, was das sei, wenn er einige Minuten später davon sprach, eine wie glänzende Bestätigung die moderne Naturwissenschaft für die Richtigkeit der Lehre vom „dialektischen Materialismus“ liefere? Auch dies wurde einfach hingestellt ohne den Versuch einer Begründung.

JENSSEN zwingt in seine Vorträge einige Dutzend schwierige Probleme hinein, von denen kaum ein einziges an einem Abend so behandelt werden kann, daß man wenigstens versteht, was es bedeutet. Diese Methode ist nichts als eine dogmatische Bormundung und geistige Ausbeutung der Zuhörer.

Krisenfieber in den USA.

Die Nachrichten über die Gefährdung der amerikanischen Wirtschaftslage häufen sich.

Dawes geht.

Unmittelbar nach den Wochenendbesprechungen HOOVERS mit den Direktoren der Finanz-Rekonstruktion-Gesellschaft und dem optimistischen Bericht, den diese Herren von der Tätigkeit ihrer Gesellschaft gegeben haben, wird bekaupt, daß General DAWES von seinem Posten als Präsident dieser Gesellschaft zurückgetreten sei, wie es — wenn auch nicht offiziell — heißt, wegen innerer Gegensätze im Direktorium, um deren Ueberwindung HOOVER sich vergeblich bemüht habe.

Die Ratten verlassen die Schiffahrtsgesellschaft.

Die größte amerikanische Schiffahrtsgesellschaft, die Internationale Merkantile Marine-Corporation, ist in Schwierigkeiten geraten. Der Präsident der Gesellschaft, FRANKLIN, erklärte: „Obwohl wir auf bessere Zeiten hoffen, sind keinerlei Anzeichen für solche vorhanden.“ I. P. MORGAN und der Mitinhaber des MORGAN-Konzerns CHARLES STEELE haben — wahrscheinlich in diesem Zusammenhang — ihre Stellen im Direktorium der Gesellschaft niedergelegt.

Steuern und Zölle.

Die Vorlage zum Ausgleich des Haushalts ist von Parlament und Senat endgültig verabschiedet und von HOOVER unterzeichnet worden.

Das Gesetz sieht Erhöhungen der Einkommensteuer, der Gesellschaftsteuer, der Erbschaftsteuer, der Erzeuger Verkaufsteuer, der Vergnügungssteuer, der Börsenumsatzsteuer und der Schenksteuer vor. Außerdem ist ein Erhöhung des Briefpostens und der Zölle für Oel, Kohle, Kupfer und Bauholz vorgesehen.

Verbot der linken Organisationen?

Wie die Zeitung der SAP mitteilt, soll eine geheime Denkschrift bestehen, wonach einige kommunistische und pazifistische Organisationen als besonders gemeingefährlich hingestellt werden und ihr Verbot gefordert wird. — Da die Herkunft dieser Denkschrift nicht genannt wird, man also nicht weiß, ob es nicht bloß Zeitungsausschnitte aus der „Berliner Börsenzeitung“ sind, kann man dazu nicht viel sagen. Daß die Regierung PAPEN solchen Plänen zugänglich ist, versteht sich bei ihrem Charakter von selber: Der „Tag“, das übelste Organ der HUGENBERG-Presse, macht BRÜNING heute einen Vorwurf, daß er den Deutschen Freidenker-Verband nicht verboten habe!

Generalstreik in Portugal unterdrückt.

Die portugiesische Regierung hat den Versuch, einen Generalstreik in ganz Portugal durchzuführen, mit schärfsten Maßnahmen im Keime unterdrückt. Der Streik wurde

Der Marsch auf Washington.

Für die Beunruhigung innerhalb der amerikanischen Bevölkerung sind die Riesenmärsche früherer Kriegsteilnehmer charakteristisch, die seit einigen Tagen nach Washington hin unterwegs sind, um die Zahlung von Unterstützungen an die Kriegsteilnehmer zu erzwingen. Die Märsche, an denen sich Tausende aus allen Gegenden des Landes beteiligen, verlaufen bisher im allgemeinen in Ruhe; nur hier und da ist es auf Bahnhöfen zu Unruhen gekommen, wenn die Scharen der Demonstranten kostenlose Beförderung nach Washington verlangten, was ihnen in den meisten Fällen abgeschlagen wurde.

Bei einem Heer von 10,6 Millionen arbeitslosen Arbeitern — die erwerbslosen Angestellten sind darin noch nicht eingerechnet — und bei der Sympathie, die die Demonstrationen bei der Bevölkerung fast durchweg genießen, können sie leicht der Anlaß zu weitergehenden Aufständen werden.

Das Gespenst des Kommunismus.

Die Regierung, die den Mitgliedern der amerikanischen Legion, von der die Züge ausgehen, offenbar nicht zu nahe treten will, schiebt die Schuld, wie es von ihr zu erwarten ist, auf die Kommunisten. Ihre Antwort:

Das Repräsentantenhaus nahm eine Vorlage an, wonach Kommunisten und Anarchisten die Einwanderung verboten wird und in den Vereinigten Staaten sich aufhaltende Kommunisten und Anarchisten des Landes verwiesen werden.

Weiter nahm das Repräsentantenhaus eine Vorlage an, wonach zwei Drittel der Besatzung aller Schiffe der Vereinigten Staaten Bürger der USA sein müssen.

als Protest gegen die neuen Steuern von 2 Prozent auf Löhne und Gehälter, die zur Bildung eines Arbeitslosenunterstützungsfonds angeordnet wurden, ausgerufen. Da die Regierung alle Vorbeugungsmaßnahmen getroffen hatte, kam es fast nirgends zu größeren Unruhen. Nur in Porto wurden energischere Versuche gemacht, den Streik durchzuführen. Dort wurde ein Mann in Straßengefechten getötet und mehrere Personen verwundet. Die Regierungstruppen wurden mobilisiert. Die Soldaten hielten die Straßenbahnführer aus ihren Wohnungen und zwangen sie mit gefälltem Bajonett, ihre Arbeit aufzunehmen. In allen Straßenbahnzügen wurden bewaffnete Wachen aufgestellt, die die normale Durchführung des Dienstes zu überwachen hatten.

Zollerhöhungen zum Abbau der Zollmauern.

Während des Wochenendes hielt der Minister für die Dominions, THOMAS, eine Rede, in der er sich u. a. auch mit den bevorstehenden Konferenzen befaßte. THOMAS erklärte, kein Land sei finanziell so gesund wie Großbritannien und keine Nation sei besser gerüstet oder bereitwilliger, zur Wiederherstellung der Prosperität die Führung zu übernehmen. Er hoffe, daß die Konferenz von Ottawa den Grundstein legen werde für ein System, das alle Mitglieder des britischen Reiches in die Lage versetze, zur Lösung der gemeinsamen Fragen beizutragen. Neue Zollschranken könnten die großen Probleme der Welt nicht lösen. Kriegsschulden, Reparationen und der Argwohn seien große Schwierigkeiten; Schwierigkeiten würden aber nur dadurch beseitigt, daß sich jede einzelne Nation von der anderen durch Zollmauern absperrt. Großbritannien habe seine Zollpolitik geändert, nicht, weil es hohe Zollmauern wünsche, nicht, weil es mit den Zöllen die übrige Welt bedrohen wolle, sondern weil es Maßnahmen zur Verminderung der Zolltarife in der ganzen Welt treffen wolle.

Diese Deutung der englischen Zollpolitik übertrifft noch bei weitem die bekannte Verteidigung der Rüstungsausgaben, nach der die Vorbereitung zum Krieg das beste Mittel sein soll, den Krieg zu vermeiden. THOMAS hält nicht nur die Vorbereitung, sondern sogar die Führung des Zolldienstes für ein Mittel, den Zolllfrieden zu sichern!

Ein kommunistischer Abgeordneter mehr, als gestern gemeldet, sitzt im neuen Mecklenburg-Schwerinschen Landtag. Die Wahlleitung hat nämlich am Montagabend mitgeteilt, daß die Zahl der kommunistischen Stimmen um 44 höher ist als gestern gemeldet: nicht 26 962, sondern 27 006. Danach beträgt die Zahl der kommunistischen Mandate nicht vier, sondern fünf, die Gesamtzahl der Abgeordneten im neuen Landtag 60. Die NS haben also mit 30 gerade die Hälfte der Sitze.

HORSING hat, um einem dringenden Bedürfnis abzuhelfen, eine neue „Sozialrepublikanische Partei“ gegründet.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Berlin: Bezirk Wedding, Mittwoch, den 8. Juni, 20 Uhr, Lokal Domke, Hochstädter Str. 23. Thema: Das Ende der Demokratie — was sollen wir tun?

Hamburg-Barmbeck: Sonnabend, den 11. Juni, 20.15 Uhr, im Lokal THOMSEN, Beim alten Schützenhof 4. Thema: Proletarier aller Parteien verständigigt euch! Schafft die proletarische Einheitsfront!

Hannover: Mittwoch, den 8. Juni, 20.15 Uhr, in der städtischen Saalwirtschaft, Gartenallee 1. Thema: Hitler marschier! Was ist zu tun?

Hann.-Münden: Freitag, den 10. Juni, 20.30 Uhr, im Sitzungszimmer des Volkshauses. Thema: Der Krieg im Fernen Osten und die Weltkriegsgefahr.

Freie Aussprache! Eintritt freil!

Wirtschaftspolitische Aussprache.

Berlin: Freitag, den 10. Juni, 20 Uhr, im Konferenzzimmer des Gewerkschaftshauses, Engelauer 24 (Eingang durchs Restaurant).

Thema: Ankerbelung der Wirtschaft durch Inflation? Leitung der Aussprache: Hellmut Rauschenplat. Unkostenbeitrag: 30 Pfennig. Für Erwerbslose frei.

Gefahrenstellen in der deutschen Wirtschaft.

1. Großgrundeigentum.

Wir freuen uns, in bezug auf eine landwirtschaftliche Frage hier abermals zustimmend die „Arbeit“, die von THEODOR LEIPART herausgegebene Monatszeitschrift des ADGB, zitieren zu können. Wir lesen im Mai-Heft dieser Zeitschrift, deren Beachtung wir unseren Lesern angelegentlich empfehlen, in einem Aufsatz von FRITZ VON BASSE, ganz am Anfang:

„Hier genügt die Feststellung, daß Ursache der gegenwärtigen wie aller vergangenen Krisen die chronische Krankheit der Gesellschaft, genannt Kapitalismus, ist, die Ausbeutung der besitzlosen Massen durch die dünne besitzende Oberschicht. Sie ist das Uebel; die Planlosigkeit, die Anarchie der Produktion ist nur ihre Wirkung. Welche gesellschaftliche Einrichtung es aber ist, die die an Zahl weit überlegene Unterschicht zwingt, sich ausbeuten zu lassen, das hat uns MARX klar gesagt: „Insofern ist das Monopol des Grundeigentums eine historische Voraussetzung und bleibt fortwährend Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise, wie aller früheren Produktionsweisen, die auf Ausbeutung der Massen in einer oder der andern Form beruhen.“ Wie eine Schlinge um den Hals des Proletariats wirkt dieses Monopol des Grundeigentums, „dieser Titel einer Anzahl von Personen auf das Eigentum am Erdball“, auf den Boden, der „an und für sich keinen Wert hat, das heißt nicht Produkt der Arbeit ist“. Der Besitzlose mag gehen, wohin er will und so weit er kann; bis weit außerhalb des Kulturkreises findet er alles Land beschlagnahmt. Dadurch ist die Erde, die Raum für alle hat, dadurch ist Deutschland, das auch Raum für alle bietet, die in seinen Grenzen leben, zu eng. Nicht zu eng an sich, sondern nur zu eng, weil große Teile beschlagnahmt und gesperrt sind. Heilung kann also nur bringen die Aufhebung des Großgrundeigentums.

Mit dieser gesellschaftlichen Einrichtung, . . . dieser Expropriation der Masse des Volkes von Grund und Boden steht und fällt die Ausbeutung und damit die Ursache der gegenwärtigen wie aller früheren Krisen.“

Nach Darlegung eines eigenen Planes für die Umstellung der Agrarpolitik schreibt VON BASSE zum Schluß:

„Entscheidend ist nur, daß man es aufgibt, sich den auf Vernichtung des privaten Großgrundeigentums, dieses letzten Restes der Feudalzeit, zielenden Kräften der Wirtschaft mit Gewalt entgegenzustellen, sie vielmehr planmäßig in ein geordnetes Bett leitet.“

Ganz einverstanden! Darauf kommt es an. Die heutige Reichsregierung stemmt sich allerdings allen auf Vernichtung des privaten Großgrundeigentums gerichteten Kräften der Wirtschaft mit Gewalt entgegen. Die Krise kann dadurch nur verschärft werden. Denn die Erhaltung der „letzten Reste der Feudalzeit“, genauer: der ostelbischen Junker, ist nur möglich bei weiterer Beschneidung der Massenkaufkraft, also bei weiterer Verschärfung der Krise. In der Regierungserklärung der Junker steht zwar mißbilligend: Die Nachkriegsregierungen hätten den Staat zu einer Art Wohlfahrtsanstalt gemacht. In bezug auf die Junker selber soll der Staat aber offenbar noch mehr als bisher zu einer Wohlfahrtsanstalt werden!

Die Gefahrenstelle „Großgrundeigentum“ wird also von Tag zu Tag gefährlicher. Rpt.

2. Schwerindustrie.

Krisenabkommen zwischen deutschen Eisenerzeugern und Eisenverarbeitern.

Die Stahlwerksverband A.-G., Abteilung Rohstahlgemeinschaft, und die Arbeitsgemeinschaft der eisenerzeugenden Industrie (Avi) haben nach langen Kämpfen für die Zeit der Krise nunmehr ein Abkommen getroffen über die Höhe der Ausfuhrückvergütungen, die der Stahlwerksverband den deutschen Eisenerzeugern gewährt, wenn diese Eisenwaren ausführen. Wenn die Exporteure von Eisenwaren den inländischen Eisenpreis voll bezahlen müßten, für eine Tonne Stabeisen also zur Zeit 110 Mark, so wären sie natürlich auf dem Weltmarkt überhaupt nicht konkurrenzfähig; denn der Weltmarktpreis für eine Tonne Stabeisen beträgt zur Zeit 44 Mark.

Nach dem nun getroffenen Krisenabkommen soll vorläufig bis Ende 1932 eine Rückvergütung an die Exporteure von Eisenwaren erfolgen auf Grund eines angenommenen Weltmarktpreises (Avi-Preises) von 79 Mark für eine Tonne Stabeisen. Wer eine Tonne Stabeisen verarbeitet, bezahlt dafür zur Zeit zunächst 110 Mark, bekommt jedoch bei Nachweisung einer entsprechenden Ausfuhr von Eisenwaren den Unterschied zwischen 110 Mark und 79 Mark, also 31 Mark zurückvergütet.

Neu ist die Vereinbarung, daß die Rückvergütungssätze

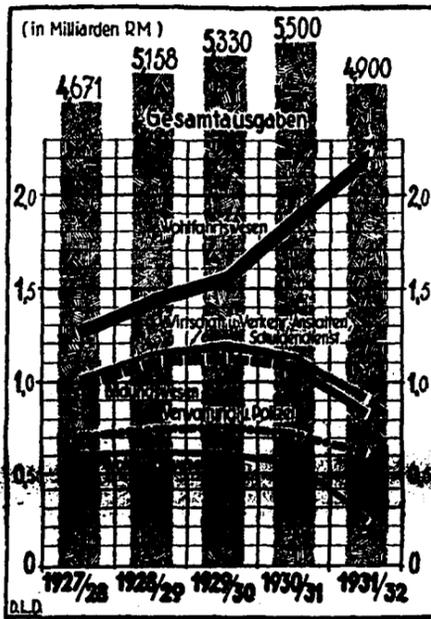
neu bemessen werden sollen, sobald die deutschen Eisenerzeuger den ausländischen Konkurrenten der deutschen Eisenverarbeiter Walzeisen zu Preisen liefern, die unter den Avi-Preisen liegen. Die deutschen Eisenerzeuger haben zu den derzeitigen niedrigen Weltmarktpreisen schon seit einiger Zeit wenig ausgeführt — abgesehen von Lieferungen nach der Sowjet-Union — und wollen sich offenbar auch weiter zurückhalten. Wieviel deutsches Eisen die ausländischen Verarbeiter auf Umwegen billiger erhalten, steht natürlich dahin.

Im großen und ganzen bleibt es bei der Zwischenregelung, die seit März 1931 Geltung hat und die die Eisenerzeuger noch zu ihren Gunsten ändern wollten (vergleiche Nr. 122 des „Funken“). Es bleibt bei einer schweren Benachteiligung derjenigen deutschen Eisenverarbeiter, die exportieren, und damit bei einer Hemmung der deutschen Ausfuhr — ganz abgesehen davon, daß die inländischen Konsumenten nach wie vor durch die Kartellpreise schwer belastet bleiben.

Die Wunde im deutschen Westen, die Schwerindustrie, bleibt nach wie vor ein Gefahrenherd erster Ordnung.

3. Gemeinden.

Das finanziell schwächste Glied in der Kette der öffentlichen Körperschaften sind in Deutschland die Gemeinden. Ihre Hauptausgabeposten haben sich während fünf Rechnungsjahren folgendermaßen entwickelt:



Die Wohlfahrtsausgaben steigen steil an, weil der Staat die Versorgung der „ausgesteuerten“ Erwerbslosen den Gemeinden zuschiebt.

Nach einer eben veröffentlichten Statistik über die Steuereinnahmen der Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern und der Gemeindeverbände sind deren Steuereinnahmen in den Monaten April bis Dezember 1931 gegenüber dem Vorjahr folgendermaßen gesunken:

Reichssteuerüberweisungen um 33 Prozent,
Land- und Gemeindesteuern um 9 Prozent.

Manche Gemeinden konnten bereits keine Unterstützungen mehr auszahlen. Die Gefahr ist groß, daß diese Fälle immer zahlreicher werden. Wie sollte es bei steigenden Wohlfahrtslasten und sinkenden Steuereinnahmen auch anders kommen?

Die Gefahrenstelle liegt offen sichtbar vor aller Augen! Der Zusammenbruch der öffentlichen Finanzen hat bereits begonnen. H. H.

SOWJET-UNION

Staatsgüter: Die Staatsgüter hatten am 20. Mai 6,4 Millionen Hektar (64 Prozent des Plans) angebaut, 800 000 Hektar mehr als im Vorjahr.

Kollektivwirtschaften: Die von Maschinen- und Traktoren Stationen bedienten Kolchosen hatten am 20. Mai 23 Millionen Hektar (65,6 Prozent des Plans gegenüber 85 Prozent zur gleichen Zeit des Vorjahres) angebaut, die übrigen Kolchosen 18,2 Millionen Hektar (52 Prozent des Plans).

Einzelbauern: Besonders groß ist der Rückstand bei den Einzelbauern, die am 20. Mai nur 7,2 Millionen Hektar (32,7 Prozent des Plans) angebaut hatten.

DEUTSCHLAND

„Syndikat zur Schaffung zusätzlicher Ausfuhr“: Führende deutsche Industriegesellschaften, darunter Konzerne der Elektro- und Schwerindustrie haben gemeinsam mit hamburgischen Uebersee-Häusern dieses „Syndikat“ gegründet. Es soll versuchen, durch das Gestrüpp der Devisen-Vorschriften und Handelschikane für die deutsche Ausfuhr einen Weg zu finden, insbesondere durch Anbahnung von Austauschgeschäften. — Wenn man einem Menschen die Mandeln herauschneidet, bilden sich aus ganz ähnlichem Zellmaterial Ersatzorgane; sie sind jedoch nicht so leistungsfähig wie die natürlichen Organe.

Der sächsische Autoblock: Die unter Mitwirkung der sächsischen Regierung eingeleitete Zusammenschließung der sächsischen Autofirmen ist nunmehr beendet: die Zschopauer Motorenwerke (DKW) werden umgewandelt in die Firma Auto-Union A.G. Diese neue Firma nimmt in sich auf die Aubi-Werke A.G. und die Horch-Werke A.G., ferner die Automobilabteilung der Wanderer-Werke. Der Sitz der Auto-Union A.G. ist Chemnitz.

Belegung in der Seeschifffahrt: Im Hamburger Hafen lagen am 1. Juni nur noch 154 Seeschiffe mit 647 000 Tonnen Bruttoregistertonnen auf, gegenüber 181 Seeschiffen mit 696 000 Tonnen Bruttoregistertonnen am 1. Mai.

78 Millionen Mark nichtgedeckte Ausgaben bei der Reichsbahn im April: Die Betriebseinnahmen der Reichsbahn betrugen im April 230 Millionen Mark und waren damit um 98 Millionen Mark niedriger als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Ausgaben der Reichsbahn im April betrugen 308 Millionen Mark, somit sind 78 Millionen Mark der Ausgaben nicht durch Einnahmen gedeckt worden. — Infolge der Einlegung von Feierschichten und der Durchführung weiterer Sparmaßnahmen ist der Personalbestand der Reichsbahn im April um rund 5000 auf 630 000 Personen vermindert worden.

ENGLAND

Ein Schritt zu einem englischen Stahlkartell? Die englischen Firmen STEWARTS and LLOYDS und United Steel Companies, die etwa 20 Prozent des gesamten englischen Stahlsatzes kontrollieren, haben ein Abkommen getroffen, das als Vorläufer zu einem umfangreicheren und weitgehenderen Uebersiekommen betrachtet wird. Die getroffenen Vereinbarungen erstrecken sich auf die Regelung der Menge der Stahlproduktion, auf Vermeidung von „unnötiger“ Konkurrenz und auf die Zusammenarbeit in technischer Hinsicht.

LETTLAND

Sinkende Arbeitslosigkeit: Die Zahl der städtischen Arbeitslosen, die im Vorfrühling noch auf 35 000 bis 40 000 geschätzt wurde, ist gesunken auf 15 000 bis 20 000.

4. Währung.

Seit der Kreditkrise von 1931 gibt es eine echte Goldwährung in Deutschland nicht mehr. Die Aufrechterhaltung des Verhältnisses 4,20 Mark = 1 Dollar ist nicht mehr dadurch gewährleistet, daß man sich in Deutschland für deutsche Banknoten auf der Reichsbank Gold holen, dieses Gold nach den USA ausführen und drüben dafür Dollarnoten entsprechend eben jenem Verhältnis kaufen kann. Infolge einer völlig verkehrten Wirtschaftspolitik beträgt der eigene Gold- und Devisenbestand der Reichsbank nur noch rund 400 Millionen Mark. Durch ihn sind die Reichsbanknoten und die ja jederzeit in Banknoten auszahlabaren Giroguthaben bloß zu rund 9 Prozent gedeckt.

Die deutsche Wirtschaft ist durch Aufhebung der Gold-einlösungspflicht und durch die eben deshalb notwendig werdende Devisen-„Bewirtschaftung“ sehr weitgehend vom Weltmarkt „abgehängt“.

Für nationale Kreditausweitungsexperimente ist also leider der Weg offen;

denn sie würden nicht in einem Goldabstrom aus Deutschland die natürliche Bremse finden. Die persönliche Festigkeit des Reichsbankpräsidenten LUTHER ist heute wohl die einzige Gewähr dafür, daß keine, wenigstens keine wesentlich weiter als bisher gehenden Experimente in Kreditausweitung, Notendruck, Silbergeldprägung u. s. w. gemacht werden.

Für wie gefährlich man die deutsche Währung ansieht, wurde in den Tagen der Regierungsumbildung deutlich. Wir stellen hier die Hauptzeichen für die „Flucht in die Sachwerte“ zusammen.

Die Kurse der Industrieaktien (also derjenigen Wertpapiere, die Anteile an Sachwerten — Fabriken, Maschinen, Warenlagern — darstellen) stiegen, und zwar nicht etwa wegen starker Nachfrage aus sogenannten „Börsenkreisen“, sondern wegen der sich steigernden Nachfrage aus dem großen Kreise derer, die kleine und mittlere Ersparnisse anlegen wollten oder in festverzinslichen Wertpapieren angelegt hatten und diese nun in Industrieaktien umwandeln wollten.

Vom 26. Mai bis zum 1. Juni fanden folgende Kurssteigerungen statt:

	Steigerung
I. G.-Farben	von 82½ auf 95 15 %
Continental-Gummi	von 85½ auf 100 17 %
Harpen-Bergbau	von 36 auf 43½ 21 %
Vereinigte Stahlwerke	von 13¼ auf 16¼ 23 %
Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk	von 45½ auf 64 41 %

Einem Börsenbericht des „Berliner Tageblatts“ vom 1. Juni entnehmen wir die folgenden Einzelheiten, die besonders deutlich machen, worauf die Steigerung der Kurse be-

ruhte: Gerüchte über den Rücktritt des Reichsbankpräsidenten LUTHER begünstigten das Steigen der Kurse. Auf eine Meldung, daß LUTHER auf seinem Posten bleiben werde, gingen die Kurse vorübergehend zurück, ebenso auf Nachrichten, die es möglich erscheinen ließen, daß BRÜNING erneut mit der Kabinettsbildung betraut werde. Als man hörte, daß WAGEMANN, der sich als Präsident des Statistischen Reichsamts ebenso große Verdienste erworben hat, wie er durch Eintreten für einen Plan zur Gold- und Kreditreform, durch den der Inflation Tür und Tor geöffnet würden, der deutschen Wirtschaft geschadet hat, — als man hörte, dieser Mann sei für den Posten des Reichsfinanzministers in Aussicht genommen, gingen die Aktienkurse wieder sprunghaft in die Höhe. —

Inzwischen sind die Kurse für Industrieaktien wieder etwas zurückgegangen. Die Kurse für festverzinsliche Wertpapiere, die gleichzeitig mit der Steigerung der Aktienkurse zurückgegangen waren, sind inzwischen wieder etwas gestiegen.

Auch der Getreidemarkt stand während der Regierungsumbildung unter dem Zeichen: Flucht in die Sachwerte. Der Preis für eine Tonne märkischen Weizen, September-Lieferung, stieg plötzlich von 225,50 Mark auf 239,— Mark (Höchstkurs vom 1. Juni). Inzwischen ist der Preis auf 237,— Mark zurückgegangen.

Der „Deutsche Volkswirt“ berichtet über Meldungen von verstärkter Kauf tätigkeit am Grundstücksmarkt und von steigenden Abhebungen bei den Sparkassen.

Das alles war nochmals ein Anschauungsunterricht über die Gefahren von Experimenten mit der Währung. Es war die zweite Lektion nach der ersten vom Sommer vorigen Jahres. Die Gefahrenstelle „Währung“ steht dem deutschen Volk mit seinen traurigen Inflationserfahrungen so deutlich vor Augen, daß schon der Anschein einer Gefahr zur Gefahr werden und lawinengleich eine Katastrophe herbeiführen kann.

Die Währungs-Dilettanten sind gewarnt! Doch besteht leider keine Gewähr, daß sie die Warnung beachten.

Rpt.

FRANKREICH

Staatshaushalt: Die Steuereinnahmen betrugen im April, dem ersten Monat des laufenden Rechnungsjahres 3115 Millionen Francs. Sie sind um 207 Millionen Francs niedriger als im April 1931 und um 154,5 Millionen Francs niedriger als die Voranschläge. Damit bestätigt sich unsere Erwartung, die wir bereits in Nr. 80 des „Funken“ äußerten, daß die Steuererträge im Budget zu hoch angesetzt wurden